

ROTE PRESSE

Sozialistische Hamburger Studentenzeitung
Jahrg.1 Nr.1 Nov.71 Preis 30 Pf. außerhalb Hamburgs 50 Pf.

BERUFSVERBOT FÜR DEMOKRATEN

Verschärfte Angriffe auf fortschrittliche Lehrer

Die Reaktion bläst zur Jagd auf Demokraten und Kommunisten.

Im Bundestag reichen sich Regierung und Opposition die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen Demokraten und Sozialisten!

Barzel: "Alle demokratischen Parteien und die Bevölkerung sind aufgerufen zur solidarischen Stoßrichtung gegen den Kommunismus."

Brandt: "Die deutschen Sozialdemokraten brauchen keine Aufforderung für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus." Die Hetzkampagne in der Presse gegen sozialistische Organisationen läuft auf Hochtouren: Keine Woche vergeht, in der nicht ihr Verbot gefordert wird, in der nicht vor dem "roten Terror" an den Hochschulen, vor den "roten Kadern" gewarnt wird. Auf die Worte folgen Taten: Fortschrittliche Lehrer, Mitglieder und Sympathisanten sozialistischer Organisationen, "Demonstrationstätter" und Leute, die sich sonst irgendwie "verdächtig" gemacht haben, werden an Schulen und Universitäten diszipliniert oder entlassen, Marxisten erhalten an den Hochschulen nur durch den entschiedenen Druck der Studenten eine Berufung.

In den Betrieben legen Arbeitgeberverbände gemeinsame "schwarze Listen" von Kommunisten und fortschrittlichen Gewerkschaftern an, Kollegen, die sich in den Streiks hervorgetan haben, werden unter den fadenscheinigsten Gründen diffamiert, isoliert, versetzt und entlassen.

künftige Beamte die Gewähr dafür bietet, daß er alle Aufgaben und Pflichten, die ihm übertragen werden, vollständig und gewissenhaft erfüllt. ... "Durch ihr Verhalten an der Schule haben sie ein solches Vertrauen nicht gerechtfertigt. Dem Amt für Schule bleibt deshalb keine andere Wahl, als auf ihre Einstellung zu verzichten."

Der Schulbehörde hat also offenbar irgend- ein Verhalten von B. Laux nicht gepaßt ("Vertrauen ... nicht gerechtfertigt"), also wird er gefeuert ("auf ihre Einstellung zu verzichten"). Sicherlich geht aus dieser "Begründung" die Willkür und der Zynismus der Behörde hervor, unklar bleibt allerdings die Motivation für dieses Handeln. Geradezu absurd stellt sich die Sache in B. Laux Personalakte dar, wo folgende Begründung erscheint:

"Es soll ihm (Laux) mitgeteilt werden, daß die Einstellung wegen Stellenschwierigkeiten nicht erfolgen könne."

Man höre: Nach Meinung der Schulbehörde leiden die Schulen, in denen Klassenfrequenzen mit über 40 Schülern üblich sind, darunter, daß zu viele Lehrer da sind, so daß sich die Herren gezwungen sehen, diesen (eingestanden qualifizierten) Bewerber abzuweisen! Mit dieser absurden, von niemand ernst genommenen Begründung haben die Herren noch einmal klargemacht, daß die Entlassung von B. Laux in Wirklichkeit eindeutigen politischen Charakter trägt. Es ist eine Provokation, ein Einschüchterungsversuch an die Adresse aller fortschrittlichen Lehrer und Studenten.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt:

Zur Herausgabe der "Rote Presse".....	S. 2
KHB/ML: Der Ochsenfrosch ist geplätzt.....	S. 2
Diese Prüfungsordnung muß vom Tisch!	S. 5
Berufsverbot für Demokraten (Fortsetzung von S. 1)	S. 7
Bundestag behandelt BetrVG	S. 11
Mobilmachung - gegen wen? ..	S. 14
Den Faschisten kein Pardon!	S. 15
Septembermassaker - eine Niederlage des palästinensischen Volkes	S. 17

DER FALL LAUX....

Am 30.9. wurde der Referendar B. Laux aus dem Schuldienst entlassen. Die Schulbehörde teilte ihm mit, daß er nach der Beendigung seines Referendariats nicht in den Hamburger Schuldienst übernommen werden könne. B. Laux ist der einzige dieses Referendariatsjahrganges, dem die Einstellung verweigert wurde.

Offiziell wurde dieser Schritt von der Schulbehörde nicht begründet, sie hätte sich damit zu schnell entlarvt. Schulsenator Apel besaß allerdings die Unverschämtheit, zur "Rechtfertigung" dieses Schritts folgende zynische und diskriminierende Erklärung abzugeben: "Eine Behörde ist gesetzlich dazu verpflichtet, bei jeder Einstellung sich darüber Rechenschaft abzulegen, ob der

Zur Herausgabe der »ROTE PRESSE«

Was sich "links von der DKP" und dem MSB abspielt, ist für viele Studenten in Hamburg inzwischen fast gänzlich undurchsichtig geworden. Die Auflösung des SDS hat in der westdeutschen Linken einen Zustand hervorgebracht, in der wohl mancher manchmal staunen möchte, wie die "kommunistischen Parteien" und "revolutionären Fronten" nur so aus dem Boden schießen.

In diesem Gewirr von "Linien" und "Organisationen" bietet sich die DKP als ruhender Pol an, um den sich letzten Endes alle Linken doch nur so lange drehen mögen, bis sie eintreten. Der Zerfall des KHB/ML, der es an den Hamburger Hochschulen zu einiger, wenn auch zumeist traurigen Berühmtheit gebracht hatte, scheint diesen Eindruck nur noch zu verstärken.

Es kann für uns in der "ROTEN PRESSE" nicht darum gehen, uns durch tönende Kraftmeierei und großspurige Versprechungen über die Situation, so wie sie wirklich ist, hinwegzusetzen.

Die Studenten haben - spätestens durch die Erfahrungen mit den KHB/ML - gelernt, sich nicht durch hohle Phrasen hinter Licht führen zu lassen.

Wir, die wir Mitglieder, "Kader" und Sympathisanten des KHB/ML gewesen sind, haben inzwischen auch begriffen, daß "prinzipienfestes" Wortgeklänge für Kommunismus zu halten, nur Leute fertig-bringen, die vom Kommunismus rein gar nichts verstanden haben.

Die SYMPATHISANTEN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES AN DEN HAMBURGER HOCHSCHULEN haben sich in den letzten Monaten getrennt von den Genossen, die die Politik von DKP und MSB

wenn nicht für richtig, so doch nicht als falsch erkennen mochten. Sie haben sich ebenfalls getrennt von jenen, die überhaupt nicht feststellen konnten, ob es für sie politische Aufgaben in der Hamburger Studentenschaft gibt. Sie haben sich stattdessen verbunden mit neuen Genossen, die mit ihnen gemeinsam diese politischen Aufgaben wahrnehmen wollen.

Die klare Trennung von bestimmten Positionen war notwendig, weil wir die Politik der DKP in ihren Grundsätzen für falsch halten und weil wir meinen, daß wir als sozialistische Studenten endlich unserer politischen Pflicht in der demokratischen Studentenbewegung nachzukommen haben. Dies kann nur geschehen, indem wir die Grundsätze unserer eigenen Politik weiter ausführen und öffentlich darlegen, wie auch Informationen, Material, Analysen liefern zu den aktuellen Fragen des studentischen Kampfes. Das Redaktionskollektiv der "ROTEN PRESSE" will in diesem Sinne nicht so sehr die eigene Organisation anpreisen (nicht: Macht den SSB stark!), sondern vielmehr gegen die Reaktion an der Uni und in der Gesellschaft ebenso wie gegen die Verschlechterung der sozialen und Ausbildungssituation der Studenten, gegen die Verbrechen des Imperialismus in der Welt ebenso wie gegen die penetrante Logik vieler, die sie (aus-)bilden, die Kämpfe der Studenten führen helfen.

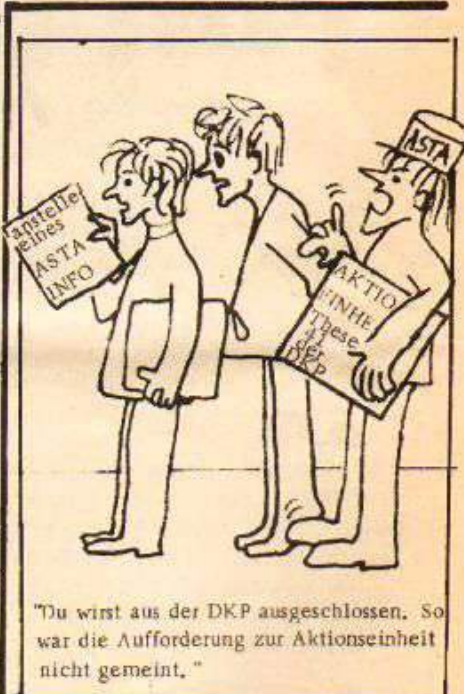
Zu diesem Zweck treiben wir auch den Zusammenschluß zum SOZIALISTISCHEN STUDENTENBUND voran. In den Kämpfen der Studenten wird sich zu zeigen haben, ob wir den Marxismus-Leninismus verstehen; in der konkreten

Tagesarbeit unter der Studentenschaft wird sich herausstellen, ob wir tatsächlich für das Bündnis mit der Arbeiterklasse in der demokratischen Studentenbewegung zu arbeiten in der Lage sind.

Abstraktes Gerede von diesem Bündnis wird das nicht bedeuten können und nicht Kapitulation vor dem Biedermännertum des MSB.

Wer nicht begreife, daß "die soziale Revolution" undenkbar ist "ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen", schrieb Lenin, "der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution."

Die Redaktion.



KHB/ML: Der Ochsenfrosch ist geplatzt

Vor einem Jahr wurde der KHB gegründet. Er erklärte, im Besitz der kommunistischen Linie für die Hochschule zu sein. Die Erfahrungen, die die Studenten in den letzten zwei Semestern mit seiner Politik gemacht haben, beweisen, daß dieser Anspruch des KHB/ML von vornherein vermessend war. Auch den Genossen im KHB konnte das nicht ewig verborgen bleiben. Das Scheitern der Politik

des KHB/ML wurde durch seinen raschen und gründlichen Zusammenbruch im Sommer 1971 markiert. Die sendungsbewußte Selbstisolation der KHB-Genossen von der demokratischen Studentenbewegung kann nur auf dem Hintergrund der falschen / revolutionären Ansprüche gesehen werden, die die sozialistischen Studenten des SDS im Verlauf der Studentenbewegung 1967/69 an

diese Bewegung gestellt haben. Indem wir die Kritik an den Fehlern des KHB/ML entwickeln, wird es uns gelingen, diese Fehler zu überwinden und Bedingungen für eine sozialistische Hochschulpolitik zu schaffen. Wir haben versucht, die wesentlichen Punkte der falschen Politik des KHB/ML an den Erfahrungen darzustellen, die die Studenten mit ihm gemacht haben.

Politische Resignation und Flucht in die Theorie

Vor zweieinhalb Jahren wurde in Hamburg das scheindemokratische Uni-Gesetz verabschiedet, das keine der Erwartungen der Studenten auf "Mitbestimmung" erfüllte (1/3-Parität). Der SDS hatte es damals verstanden, große Teile der Studenten unter illusionären Parolen wie "Demokratisierung der Uni" und "Autonomie der Wissenschaft" gegen das Gesetz zu mobilisieren, durch eine Reihe militanter Aktionen, wie Institutsbesetzungen und eine "illegale" Massendemonstration sollte es vom Tisch gefegt werden.

Doch das Gesetz blieb!

Die Bourgeoisie hatte ihre Stärke demonstriert und die Studenten rückten von der militanten Form ihres Kampfes ab. Sie setzten nun ihre ganze Hoffnung darauf, sich noch nachträglich mit Hilfe der sogenannten "Experimentierklausel" (wonach die Paritäten in den Universitäts-gremien selbst bestimmt werden konnten) ein Minimum an Einfluß zu sichern und sich selbst wieder eine Perspektive zu verschaffen.

Aber auch hier wurde den Studenten gründlich klar gemacht, daß sie einer Illusion aufgesessen waren. Ratlos darüber, welche Perspektive eine Hochschulpolitik jetzt überhaupt noch haben könnte, zogen sich viele sozialistische Studenten in die Studierstube zurück, um durch das Studium des "Marxismus" (was sie dafür hielten) des Rätsels Lösung zu finden. Jegliche praktische Politik an der Hochschule schien ihnen unbegründet und suspekt und wurde ihrer Ansicht nach zwangsläufig im Reformismus enden. Der SDS zerfiel. Unter den demokratischen und sozialistischen Studenten breitete sich eine Resignation aus, die sich in den Vorstellungen der Basisgruppen niederschlug, man müsse das Uni-Gesetz "unterlaufen" bzw. seine "Durchsetzung verhindern", indem man in den Seminaren kritische Aufklärung betreibt. Politik wurde durch Wissenschafts- und Methodenkritik ersetzt.

Die Streiks der Arbeiterklasse im September 69 widerlegten die "Kritische Theorie" (Adorno, Habermas) mit ihrer Behauptung, das Proletariat in der BRD sei viel zu "integriert", um sich gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu erheben. Die studentischen Theorien von der eigenen Führungsrolle gerieten ins Schwanken. Das Wiedererstarken der Arbeiterbewegung unterstützte bei den fortschrittlichsten Studenten die Einsicht, daß das Proletariat die einzig konsequent revolutionäre Klasse ist.

Viele sozialistische Studenten jedoch versuchten die Arbeiterklasse flugs wieder

in ihre falschen Auffassungen einzubauen: die eine Variante dieser Ideologien war, zwar wieder Politik zu machen, aber - da es ja an der Hochschule aussichtslos schien - entweder direkt als "Kader" im Betrieb, oder indirekt durch eine spätere "revolutionäre Berufspraxis" die Arbeiterklasse zu "politisieren". Die andere Variante bestand in dem Rückzug zum langwierigen Philosophieren über die eigene "Neuentdeckung". Welche Rolle denn nun eigentlich das Proletariat heute habe, wurde gefragt, wie das Verhältnis zur Intelligenz aussehe usw. Beide Konzeptionen gingen von falschen Voraussetzungen aus: denn der isolierte Kampf der Studenten bleibt machtlos, solange die Arbeiterbewegung nicht erstarkt und es den Studenten nicht gelingt, sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden. Nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse kann der Kampf gegen die Bourgeoisie letzten Endes erfolgreich geführt werden.

Die studentischen Ideologien haben, wenn auch versteckt, eine studentische Führungsrolle behauptet und die Bedeutung des Proletariats gelehnt.

Der andere wesentliche Fehler lag darin, daß beide Konzeptionen auf eine Vernachlässigung oder sogar Liquidierung der Hochschulpolitik hinausliefen. Sie wurde entweder ersetzt durch die Aufforderung an die Studenten, die Universität zu verlassen und ins Proletariat zu gehen oder ihre praktische Arbeit und ihr Studium durch das "Aneignen" des wissenschaftlichen Sozialismus zu ersetzen. Wissenschaftskritik wurde jetzt immer mehr auf marxistischer Grundlage betrieben.... Mit solchen Vorstellungen konnten die sozialistischen Studenten aber allen Befürwörern zum Trotz keinen Ausweg aus der politischen Sackgasse finden. Sie hatten die einzige langfristige Perspektive, das revolutionäre Bündnis der Intelligenz mit der Arbeiterklasse, den Kampf unter Führung und an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung nicht zur Richtschnur ihrer Politik gemacht.

Die Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der sozialen Lage, die Solidaritätskundgebungen für die Völker der Dritten Welt und der gemeinsame Kampf mit anderen fortschrittlichen Kräften gegen die Entdemokratisierung in der BRD blieben in dieser Phase der Studentenbewegung punktuell. Das eingedrungene Ziel dieser Kämpfe und ihre Perspektive ging den meisten Studenten verloren, viele gewannen den Eindruck, daß die Verbindung der Kämpfe mit der Arbeiterbewegung ein frommer Wunsch wäre.

Hatten sie vorher gehofft, ihr Kampf würde von der Arbeiterklasse, indem man ihr das nötige Bewußtsein vermittelte, unterstützt, und dadurch bald eine kampfstärke Front gegen die Bourgeoisie er-

richtet (Pariser Mai), so zogen jetzt viele - vom tatsächlichen Stand der Arbeiterbewegung in der BRD enttäuscht - ihre Schlüsse in entgegengesetzter Richtung.

Reformistische Vorstellungen brachen sich Bahn, viele demokratische Studenten resignierten. Das Wort "Revolution", das vorher jeden zweiten Satz geschmückt hatte, verursachte jetzt immer häufiger Gelächter und Schulterzucken.

Im Sommer 1970 trat dann der MSB mit dem Anspruch auf, den Studenten eine reale Perspektive an der Seite der Arbeiterklasse zu bieten, indem er die "bewährten" Forderungen der Studentenbewegung wie "Demokratisierung der Uni", "Entreißt die Wissenschaft den Monopolen" mit dem Kampf der Arbeiter und deren angeblicher Partei, der "DKP" zu verbinden vorgab.

Eine ganze Reihe sozialistischer Studenten erkannte in der Politik des MSB die Fortsetzung alter sozialdemokratischer Konzepte aus dem SDS, die im SDS selbst zum Teil schon einer - wenn auch unzureichenden - Kritik unterzogen worden waren. Sie waren aber unfähig, die Fragen der Hochschulpolitik anders als durch allgemeine Hinweise auf die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu beantworten (sie hatten den Eindruck, jegliches Eintreten für Reformen führe zum Revisionismus). Die "Antirevisionisten" erwarteten sich ihrerseits von der jungen kommunistischen Bewegung eine konkrete Perspektive und direkte Unterstützung für die Politik an der Uni. So kam es zur Gründung des KHB/ML in "Unterordnung" unter das SALZ.

Politik des KHB/ML - Wichtigtuerei und Phrasendrescherei

In seiner Plattform (SPO 1) und der Erklärung zur SP-Wahl im Winter 70/71 behauptete der KHB/ML plötzlich, er werde "die Aufgaben der Kommunisten wahrnehmen", "er werde nicht von der allgemeingültigen Lehre des Marxismus-Leninismus abweichen und den Weg der sozialistischen Revolution als den einzigen möglichen Weg beständig propagieren". Gleichzeitig bekundete er den Willen, diese "marxistisch-leninistische Linie" an der Universität auch noch "entschlossen durchzusetzen", was aber die Aufgaben der Kommunisten sind, sagte der KHB nicht.

Als am PI die Kommissionen massenhaft gegen die unglaublichen Studienbedingungen kämpften, behauptete der KHB, ihre Forderungen nach einer fortschrittlichen Studienreform und nach Verbesserung der Ausbildungsbedingungen seien nur dazu angetan, der Bourgeoisie "direkt in die Hände zu arbeiten". Betrelend be-

merkte er: dem Streik mußte eine politische Stoßrichtung gegeben werden. So hatte er zwar - gerade in Hinblick auf die MSB-Politik während der Streiks - eine ansich richtige Parole aufgestellt, ließ es aber dabei bewenden und krümmte selbst keinen Finger dafür, diese Parole auch in die Tat umzusetzen.

"Imperialismus und Faschismus entlarven, den Zerfallsprozeß der bürgerlichen Ideologie vorantreiben" war eine der Hauptparolen im SP-Wahlkampf im Wintersemester 70/71. In diesem Zusammenhang pflegte der KHB zu rasonieren über die machtvollen und massenhaft von Kommilitonen getragenen Aktionen gegen Springer, die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. Für den KHB blieb trotz dieser Erfahrungen der Kampf gegen Imperialismus und Faschismus eine rein ideologische Frage. Für die Kommilitonen hingegen hatten imperialistische und faschistische Reaktionen eine recht konkrete Gestalt, auch an der Universität. Hier zeigte sie sich in der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft, im frechen Auftritt einiger Dozenten (Wiso, SozPol), in der Verabschiedung des Bafög und dem bevorstehenden HRG. Während es also darum ging, den Kampf der Kommilitonen gegen die reaktionären Bestrebungen an der Universität aktiv zu unterstützen, Forderungen an eine Studienreform zu stellen, reaktionäre Professoren an den Instituten zu bekämpfen, empfahl der KHB den Kommilitonen, durch das "entschlossene und massenhafte" Studium des wissenschaftlichen Sozialismus der Reaktion den Todesstoß zu versetzen.

Die ehemaligen KHB-Genossen, die jetzt in den Sympathisanten-Gruppen des KB (ehemals SALZ und KAB) organisiert sind, haben diesen Fehler erkannt und dementsprechend den tatsächlichen Kampf gegen den Faschismus und den Imperialismus aufgenommen.

Anlaßlich einer Kampagne gegen das MSB-Asta-Programm forderte der KHB die Kommilitonen auf, die revisionistische Asta-Mannschaft zu stürzen und ihn selbst als Garanten "für einen starken und politischen Asta" zu wählen. Der Haken war nur der, daß der KHB gar keine Politik machte, weder an den einzelnen Instituten, noch zentral an der Hochschule. Dies wurde besonders deutlich an der Auseinandersetzung mit dem MSB. War der Ausgangspunkt der Kritik am MSB richtig, konnte der KHB jedoch nicht die Konsequenz aus seiner Kritik ziehen und eine Politik entwickeln, die in der Unterstützung ihrer Kämpfe die Studenten wenigstens zu Teilerfolgen hätte führen können. So fiel er dann auch unvermeidlich auf die Taktik des MSB herein, der die Auseinandersetzung als Organisationsgezänk erscheinen lassen wollte; der sektiererischen Parole "Macht den MSB stark" wurde nur geantwortet, "Tretet in den KHB ein!" Den Kommilitonen stellte

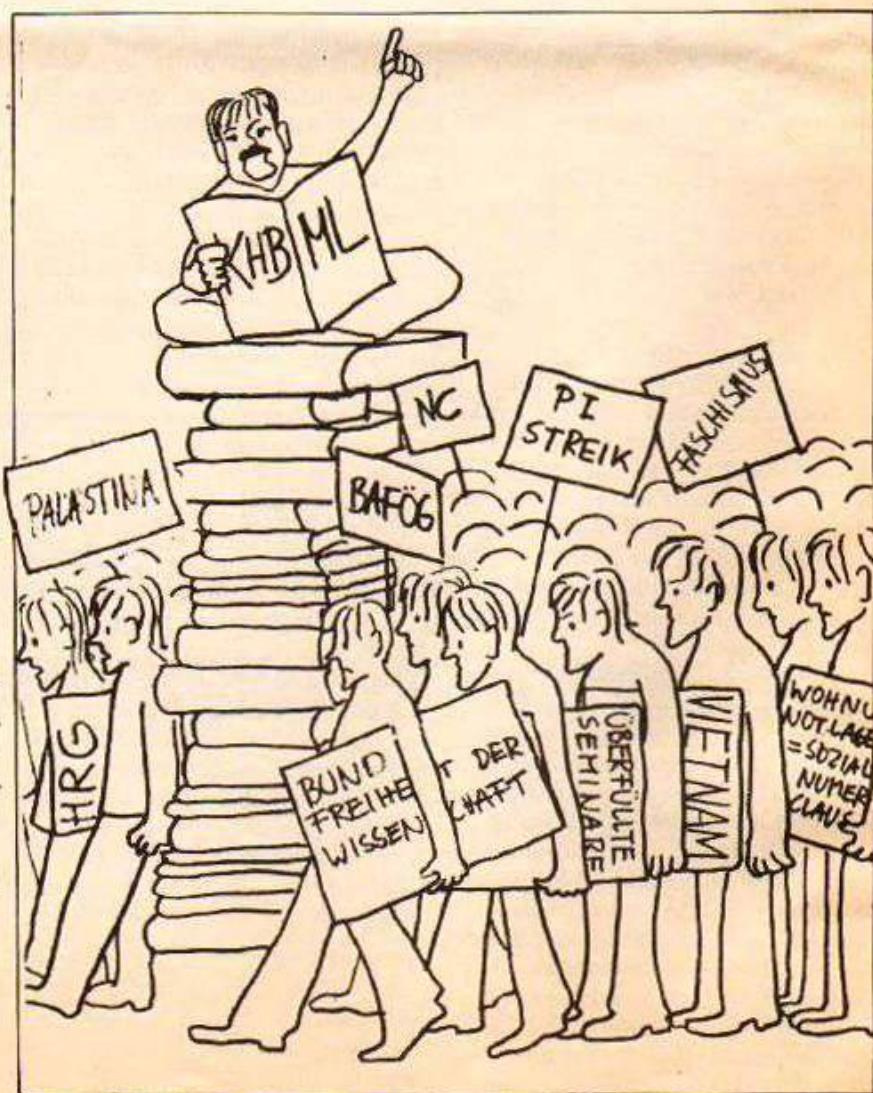
sich hierbei jedoch die Frage, woher der KHB seine Dreistigkeit nahm, zu behaupten, gerade er sei dazu berufen, den Asta "stark" und "politisch" zu machen, obwohl er gar nichts tat.

Sein "Schlagabtausch" mit dem MSB zielte darauf ab, den Asta den Fängen der Revisionisten zu entreißen, jedoch lediglich, um ihn zum Instrument des KHB nicht aber um ihn wieder zu einem politischen Organ der Studentenschaft zu machen.

Also: einerseits die Aufforderung an die Kommilitonen, die politischen Aufgaben an der Hochschule beiseitezuschleichen und sich gefälligst mal in das Studium der Klassiker zu vertiefen, andererseits permanenter Sektierstreit mit dem MSB über den Köpfen der Kommilitonen. - das war die Politik des KHB/ML! Er war unfähig, die sozialen und politischen Interessen der Studentenschaft zu vertreten und sie in ihrem Kampf wirksam zu unterstützen. Der KHB hatte damals den studentischen Massen gegenüber einen sektiererischen Führungsanspruch erhoben, der ihn die Interessen der eigenen Organisation denen der Studenten gegenüberstellen, ja sogar vorziehen ließ. Das hat nun aber mit den "Aufgaben der Kommunisten an der Hochschule" absolut nichts zu tun.

Deren Aufgaben bestehen vielmehr darin, "... erstens die Verbreitung der sozialdemokratischen (ist gleich kommunistischen) Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar 'sozialistisch' und 'revolutionär' nennen, aber mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische ... Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen." (Lenin, Aufgaben der revolutionären Jugend, Werke Bd. 7, Seite 35)

Die politischen Vorstellungen des KHB/ML gingen also kaum über die Politik derer hinaus, die sich für die "Kritische Kritik" begeistert hatten. Es besteht kaum ein Unterschied zwischen der Beschäftigung mit der Kritischen Theorie und dem Vorhaben, die Studenten durch das Studium des Marxismus-Leninismus zu "revolutionieren", also lediglich kritische Aufklärung in Seminaren, Flugblättern und Zeitungen zu betreiben. Der KHB/ML brachte die Flucht vor den politischen Aufgaben an der Hochschule am klarsten zum Ausdruck.



Niedergang der "Möchtegern- Kommunisten"

Kein Wunder, daß sich auf der Grundlage der "Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus" fernab der politischen Situation und den sich hieraus ergebenden Aufgaben für sozialistische Studenten an der Hochschule viele Genossen im KHB/ML einfanden, die nicht wirklich bereit und in der Lage waren den Kampf der Kommilitonen zu unterstützen, stattdessen halt nur mal Marx, Engels usw. "studieren" wollten.

Als es schließlich galt, antiimperialistische und antifaschistische Aktionen zu unterstützen, brach der KHB/ML folgerichtig wie ein Kartenhaus zusammen. Da es nicht mehr länger möglich war, sich um politische Aufgaben herumzudrücken, traten alle ungelösten und unter der Oberfläche der "blitzblanken" Organisation verborgenen Widersprüche offen zutage.

"Solange es keinen Kampf gab ... (schießen) die 'Einheit' des gesamten 'denkenden Teils' der Studentenschaft ... unverbrüchlich. Sobald es aber zu Taten kam, wurde die Scheidung der verschiedenartigen Elemente unvermeidlich. ...".

(Lenin, Werke Bd. 7, Seite 42, Hervorhebungen vom Verf.)

Einige Genossen entzogen sich der politischen Diskussion mit der Behauptung, sie hätten "keine Grundlagen", es sei überhaupt "unausgewiesen", sich gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse zur Wehr zu setzen. Stattdessen bemühten sie sich, die Politik des revisionistischen MSB über den grünen Klee zu loben und

möglichst viele Genossen auf dessen Seite zu ziehen.

"Diese Leute bemühten sich nach Kräften, den MSB als den eigentlich 'politisch bewußteren Teil' der Erben der Studentenrevolte herauszuputzen, weshalb man den MSB 'nicht in den Arm fallen dürfte'.

Die Revisionismuskritik erklärten sie dumm-dreist für 'nicht ausgewiesen', als wäre die mehr als zehnjährige Auseinandersetzung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung um diese Fragen überhaupt nicht geschehen."

(KAB-Arbeiterzeitung, Hamburg, Nr. 11/12)

Der erhobene Vorwurf fällt auf diese Genossen selbst zurück. Sie entziehen sich dieser Frage erneut, indem sie sich dumm-dreist in einer MSB-Institutszeitung (PI) als die von "bösen" Führern des KHB "Verführten" herausstreichen und in die breiten Arme des MSB fliehen.

Den Genossen, die zur Zeit in den Sympathisantengruppen des KB arbeiten, wurde klar, daß sowohl der Politik als auch der Organisation des KHB/ML prinzipielle Fehler zugrunde lagen. Der KHB hat die falschen und sektiererischen Momente der Studentenrevolte auf ihre Spitze getrieben, indem er Politik als Selbstbespiegelung einzelner selbsternannter Kommunisten verstand. Sein Zerfall hat jetzt die Bedingungen dafür geschaffen, daß eine Politik an der Hochschule entwickelt werden kann, die gemeinsam getragen wird von demokratischen und sozialistischen Studenten und die sich an der Arbeiterbewegung orientiert.

Als sozialistische Studenten an den Hamburger Hochschulen werden wir zusammen mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kommilitonen den Kampf führen gegen katastrophale Ausbildungsbedingun-

gen und die Verschlechterung unserer sozialen Situation, gegen politische Disziplinierung und Einschränkung unserer demokratischen Rechte im Studium wie später im Beruf, gegen Bevormundung durch reaktionäre Lehrer und eine Ausbildung im Dienste der Herrschenden, gegen die Faschisierung der BRD und den brutalen Terror des Imperialismus in der Welt.

Zu diesem Zweck streben wir den Zusammenschluß mit allen sozialistischen Studenten, die sich an den revolutionären Interessen der Arbeiterklasse und der Politik derjenigen kommunistischen Organisationen orientieren, die diese Interessen am entschiedensten formulieren und ihnen in der Praxis am korrektesten nachkommen. Die Tatsache, daß wir uns auf dieser Grundlage an der Politik des KB (SALZ und KAB) orientieren, kann selbstverständlich nicht ausschließen, daß wir uns mit seiner Politik kritisch auseinandersetzen, und es zu Differenzen mit dieser Politik (wie derzeit über die Frage des Herangehens an eine sozialistische Hochschulpolitik) kommt.

Als sozialistischer Studentenbund werden wir den Widerspruch zwischen den fortschrittlichen Interessen der Studenten und den reaktionären Maßnahmen des Kapitals konkret aufdecken und durch die Formulierung von Teilzielen und Benennung der aktuellen politischen Aufgaben den Kampf vorantreiben.

Die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse wird im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, gegen die reaktionäre Indoktrination in den Seminaren ebenso klar zu machen sein, wie im Kampf gegen die Verschlechterung unserer Ausbildungsbedingungen. ■

Diese Prüfungsordnung muß vom Tisch!

Die Schulbehörde hat den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung für die Lehrerbildung vorgelegt.

Was bringt uns dieser Entwurf?

● Der neue Entwurf sieht eine Regelstudienzeit von sechs (einfaches Lehramt) bzw. acht (erweitertes Lehramt) Semestern vor. Zugleich erhöht sich die Zahl der Studienfächer auf drei bzw. vier. Das heißt: Für ein Fach - ein Studienjahr!

● Jeder Student soll eine Pflichtstundenzahl von 30 - 40 Semesterwochenstunden absolvieren. Das bedeutet: 15 - 20 Wochenstunden Pflichtveranstaltungen neben den Praktika in jedem Semester!

Weiter sind in jedem Fach bestimmte "Mindestanforderungen" zu erfüllen. Bei diesen liegt das Schwergewicht auf einer Vielzahl von "einführenden Veranstaltungen" (z. B. Erziehungswissenschaft 7, Techniklehre 6, Geschichte 5), denen nur wenige "weiterführende" gegenüberstehen (Erziehungswissenschaft 2, Techniklehre 2, Geschichte 1). Auch die Versicherung, in diesem Studium "neuer Art" würden Qualifikationen wie Selbständigkeit, Urteilskraft und "wissenschaftliche, (...) künstlerische, technische oder fachpraktische Befähigung", die "Voraussetzung für die Erstellung von Unterricht" erworben, kann über den tatsächlichen Charakter dieser "Reform" nicht hinwegtäuschen:

Passives Nachvollziehen, Pauken, und bloßes Aneinanderreihen von Teil- und Grunddisziplinen.

Auch der Fachbereichsplaner der Erziehungswissenschaft meint, daß "der Besuch von Vorlesungen sowie vertiefenden und ergänzenden Veranstaltungen (...) nicht im Rahmen von 30 - 40 Semesterwochenstunden geleistet werden" kann. Semesterübergreifende Arbeitsformen wie z. B. die viersemestrige Didaktiksequenz fallen von vornherein der neuen Ordnung zum Opfer. Für ein projektgebundenes, interdisziplinäres und gesellschaftliche Zusammenhänge einbeziehendes Studium sowie für die Erprobung von fortschrittlichen Arbeitsformen und -inhalten wird erst recht kein Platz sein.

● Die Prüfung selbst wird verschärft. Neben enzyklopädischen Leistungsnachweisen (z.B. "Überblick über den Stand und über bedeutsame Themen der Bildungsgeschichte") werden auch die Formen verändert: mündliche Einzelprüfungen in allen Fächern von 45 statt bisher 30 Minuten, fünfstündige Klausuren in zwei Prüfungsfächern. Der Prüfungsausschuß (bisher 1 Professor, 1 Schulbürokrat) wird erweitert durch einen von der Schulbehörde bestimmten Lehrer. Ziel ist - trotz ideologischer Verbrämung mit "Praxisnähe" - Kontrolle und Disziplinierung fortschrittlicher Dozenten. Die Schulbehörde kann außerdem Beobachter

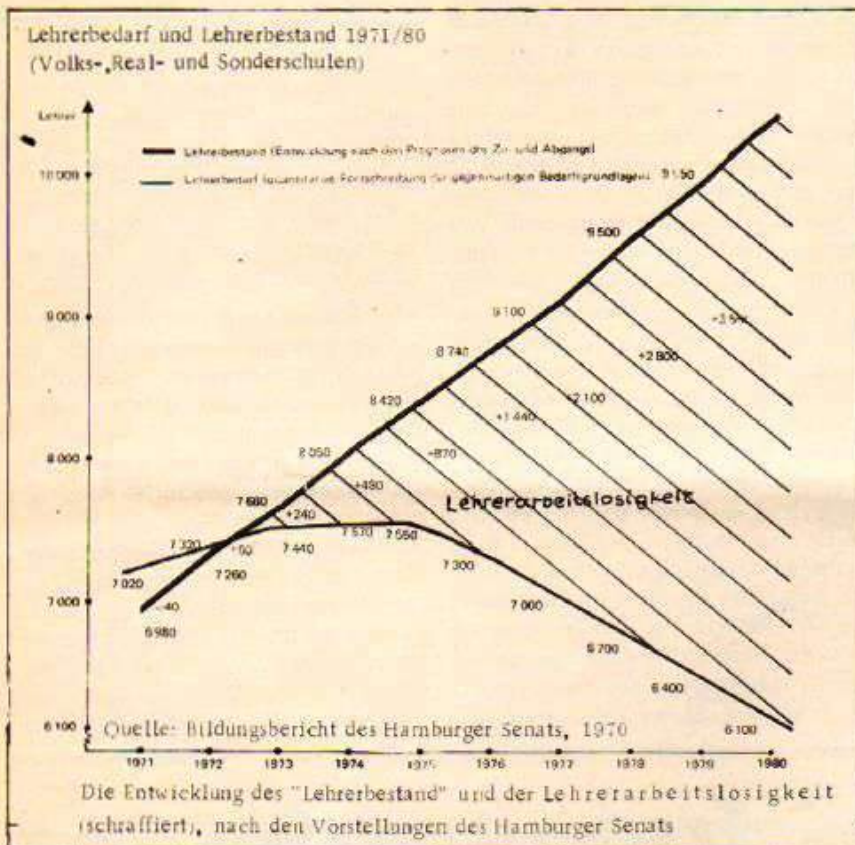
und Gesellschaftswissenschaft für alle Lehramter, Sicherung des wissenschaftlichen Niveaus durch Schwerpunktbildung (Ausbildung aller Lehrer in einem Fach oder integriertem Fächerkomplex). Ohne an dieser Stelle die "Fortschrittlichkeit" dieses Konzepts näher zu diskutieren, wird durch die Gegenüberstellung der besonders reaktionären Charakter des vorgelegten Schulbehörden-Entwurfs klar: hier geht es nur noch um eine Verkümmerung der wissenschaftlichen Fachstudien, ständige Leistungsnachweise und Leistungsdruck, drastische Kürzung der Ausbildung zugunsten eines raschen Ausstoßes an halbqualifizierten Lehrern.

wird durch "rote Kinderverderber" bedroht. Hier gilt es, "neue Formen des Zusammenwirkens" zu finden, die "Sinn, Zweck und Inhalt des Studiums" neu bestimmen.

Wie diese "neuen Formen des Zusammenwirkens" aussehen, wie diese "Mißverständnisse" zu beseitigen sind, darüber läßt die Schulbürokratie erst gar keinen Zweifel aufkommen. Mit den "Störungen" des Universitätsbetriebes muß jetzt ratzefahl aufgeräumt werden. Kein Semester darf mehr durch Gammelei oder politische Aktivitäten verloren gehen. Der Druck der Behörde muß spürbarer werden. Es sollen Anpassungsqualifikationen erworben und Leistungsmotivationen geschaffen werden, die auch in Zukunft den Erhalt des Universitätsfriedens und das reibungslose Funktionieren des Ausbildungsbetriebes garantieren. Kurz: die neue Prüfungsreform" verfolgt im wesentlichen ein Ziel: Disziplinierung und soziale Befriedung der Studentenschaft.

Daß dabei die "Wissenschaftlichkeit" der Ausbildung ein wenig zu kurz kommt, ist - der Schulbehörde zufolge - nicht weiter schlimm: Hauptsache, es wird ein Sozialisationsfeld geschaffen, in dem der Ausstoß an "anpassungsfähigen Lehrkräften" garantiert wird, die dann später in der Lage sind, "auf den raschen und komplizierten Wandel der Praxis zu reagieren". An der Vorlage des neuen Entwurfs wird klar: Der Schulbehörde geht es weniger um die Bildungsinhalte (diese dürfen nur nicht zu gesellschaftsbezogen sein), oder um die Vermittlung von besonderen wissenschaftlichen Fachqualifikationen, als vielmehr um die Erzeugung von "motivierten" Einstellungen: Der Lehrstudent soll sich mit dem Leistungsstudium identifizieren. Auf diese Weise soll das "gestörte Verhältnis" wieder hergestellt werden. Die Studenten sollen eingeschüchtert, entschlossener Protest von vornherein verhindert werden. Künftig soll - nach dem Kalkül der Behörde - Protest aus der Studentenschaft gänzlich erst aufkommen. Wenn das Studium mit seinen hohen Pflichtstundenzahl "ordnungsgemäß" absolviert wird, bleibt dazu keine Zeit.

In brutaler Weise macht sich die Schulbehörde - die derzeit am Fachbereich Erziehungswissenschaft bestehende und mittelfristig nicht behebbare "Notsituation" zunutze. Angaben der Behörden zufolge können in Zukunft mehr als 40 % der Lehrstudenten damit rechnen, keine Anstellung mehr im Schuldienst zu finden. Daß dies die Konkurrenz unter den Studenten verschärfen wird, ist klar. Die Schulbehörde rechnet damit und nutzt dies nach Kräften aus. Wer sich dem geforderten Büffeltudium nicht unterwerfen will, der soll - nach Vorstellung von Oberschulrat Lüdemann - nur noch "Klinken putzen" dürfen. Wer sich stattdessen weiterhin hervortut, wie die 80 Studenten



zu allen Prüfungen schicken. Zusätzliche Neuerung: bei der Zulassung zur Prüfung ist ein amtliches Führungszeugnis (1) vorzulegen.

Die Konsequenzen sind klar: Schmalstudium anstelle von "Wissenschaftlichkeit". Abbau fortschrittlicher Studienansätze, dafür Leistungshetze und Disziplinierung!

Von den bürgerlichen Reformmodellen stellt diese Prüfungsordnung eine der reaktionärsten Varianten dar. Das in den meisten anderen Vorschlägen enthaltene Konzept einer Stufenlehrausbildung, auf das sich auch die Schulbehörde formal beruft, enthält immerhin u.a. folgende Forderungen: Ausbildung aller Lehrer auf gleichem wissenschaftlichem Niveau (Universitätsausbildung) und gleichem zeitlichem Umfang, Mindeststudiendauer von acht Semestern (bezogen auf zwei Studienfächer), verbindliches Kernstudium der Erziehungswissenschaft

Neue «Form des Zusammenwirkens» von Uni und Schulbehörde

Der neue Prüfungsentwurf zeigt, wie ernst es der Schulbehörde mit ihrem Vorhaben ist, die "Konzeption der Ausbildungsgänge im gesamten Hochschulbereich von Grund auf zu überdenken". (Bildungsbericht des Hamburger Senats, Seite 260) Der alte Mechanismus der Befriedung der Universität und Disziplinierung der Studenten durch Privilegierung zeigt seine Grenzen! Das "partnerschaftliche Verhältnis" von "Lehrenden und Lernenden", von "Öffentlichkeit und Hochschule" ist vielfach "gestört" und durch "Mißverständnisse", "gesellschaftliche Wandlungen" sowie "unsichere Verhaltensweisen" beeinträchtigt, (ibid., Seite 8) Schon sind "Radikale" und "Extremisten" auf dem Vormarsch - der künftige Schulfrieden

während des Pi-Streiks, der soll künftig auf der Straße liegen. Auch von den Organisationen der Kapitalistenklasse wird manverhohlen auf diesen Tatbestand hingewiesen: "Die Gegner des Leistungsprinzips unter den Reformern, den die Katastrophenerfahrung fehlt, werden von den Realitäten in Zukunft darüber belehrt werden, daß der Ersatz des Lernzwangs durch Diskussionsfreiheit von der Gesellschaft wahrscheinlich nur mit der Arbeitslosenunterstützung honoriert wird." So Balke (BDI) im "Arbeitgeber".

Den Spaltungsversuchen entschlossen entgegengetreten!

Die Behörde versucht mit aller Entschlossenheit, diesen Prüfungsentwurf durchzubringen. Zwar wird in Worten immer wieder beteuert, Reformen seien "in erster Linie Sache der Universität selbst", wenn es aber um wirklich wichtige Veränderungen geht, sind Studenten und Lehrkörper von "Mitwirkung" von vornherein ausgeschlossen.

Dennoch: als der Fachbereich Geschichte vor geraumer Zeit anfragte, ob die Schulbehörde eine neue Prüfungsordnung erstellen und ob universitäre Instanzen einbezogen wurden, hieß die Antwort der Behörde: das könne man am besten nach der Erstellung der neuen Prüfungsordnung sehen. Dazu sei dann noch reichlich Zeit. Nun legt die Behörde einen detailliert ausgearbeiteten Entwurf vor, mit der zynischen Aufforderung: "eventuelle Änderungen" innerhalb einer einzuhaltenden Frist von zwei Monaten einzubringen. Klar ist: daß innerhalb dieser Zeit keine Alternativen eingebracht werden können. Auf den entschiedenen Protest der Studentenschaft und von Professoren hin wurde die Frist inzwischen geringfügig verlängert.

Wie hieß es doch so schön im Bericht des Senats: "Der Senat legt Wert darauf, daß die in diesem Bericht genannten Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Hamburger Hochschulen verwirklicht werden. Insbesondere wollen die Hochschulen in vollem Umfange (!) Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen und Gedanken zur Entwicklung des Hochschulwesens beizusteuern. Hieraus können sich fruchtbare neue Erkenntnisse (!) ergeben. Der Senat wird Vorschlägen und Anregungen aus dem Hochschulleben aufgeschlossen (!) gegenüberstehen. Er hat im übrigen nicht die Absicht, (...) in die den Hochschuleinrichtungen gesetzlich übertragenen autonomen (!) Entscheidungsbefugnisse einzugreifen (!)" (Bildungsbericht, Seite 211).

Das jetzige Vorgehen entlarvt dies als hohle Phrasen. Der Senat und seine Schulbürokratie sind entschlossen, die neue Prüfungsordnung noch in diesem Jahr durchzusetzen. Da nur noch 3 Jahre nach Inkrafttreten Prüfungen nach der alten

Ordnung abgelegt werden können, sind Erst- und Zweisemester bereits konkret betroffen. Aber die Bürokratie rechnet auch mit dem Widerstand der Studentenschaft. Um dem vorzubeugen, versucht die Bürokratie nun von vornherein die Studenten zu spalten. Während die Prüfungsordnung für die Primarstufe und Sekundarstufe I vorgelegt wurde, hält sie die von ihr ausgeheckten Pläne vorsorglich zurück. Dieser Teil der Lehrerstudenten soll weiter im Dunkeln darüber gelassen werden, was auf ihn zukommt. Das ist die gleiche Taktik der Einschüchterung, der sich die Kultusbürokratie schon bei der Ausnutzung der "Notsituation" schon bedient hat. Gleichzeitig aber soll diesem Teil der Studentenschaft die Illusion vermittelt werden, seine Ausbildung trüge möglicherweise anderen, weiterhin "wissenschaftlichen" Charakter. So sollen diese Studenten daran gehindert werden, sich dem entschiedenen Widerstand gegen dieses Gesetz anzuschließen. Teile und herrsche - das ist die Devise.

Weitere «Reformen» stehen vor der Tür...

Den Studenten stehen weitere "Reformen" bevor. Mit der Prüfungsordnung und dem vor vier Wochen veröffentlichten Vorschaltgesetz (Hochschulentwicklungsgesetz) sollen bereits wesentliche Ziele des Hochschulrahmengesetzes verwirklicht

werden. Denn das neue Vorschaltgesetz hat die juristische Grundlage für staatliche Eingriffe geschaffen. Die gewählten Universitätsorgane werden faktisch entmachtet. Vom Senat eingesetzte Gremien und dieser selbst haben (wenn die Hochschule in Verzug gerät oder wenn der Senat etwas nicht billigt, das heißt also immer (!)) volles Eingriffsrecht. Weiter ist - entsprechend der Bestimmungen im HRC - der Abbau sämtlicher Ausbildungsgänge auf die Regelstudienzeit von drei Jahren vorgesehen. Zusammen mit dem bereits vom Bundestag verabschiedeten Bundesausbildungsförderungsgesetz, das eine Studienförderung nur noch für die Dauer der Regelstudienzeit vorsieht, und auch dann nur, "wenn der Leistungsstand erwarten läßt, daß der Auszubildende das Ausbildungsziel in der verbleibenden Ausbildungszeit erreicht" und wenn keine "begründeten Zweifel an der Eignung des Geförderten" bestehen (z.B. besondere politische Gründe) verfügen Senat und Behörde über ein weiteres stattliches Arsenal an Disziplinierungsinstrumenten gegenüber der Studentenschaft.

Unsere Forderungen sind klar:

Die Prüfungsordnung muß vom Tisch! Gegen das reaktionäre Vorschaltgesetz!

Fortsetzung von Seite 1

DER FALL LAUX...

B. Laux hat sich seinerzeit als Referendar-sprecher am Studienseminar konsequent für die Interessen der Referendare eingesetzt und sich dadurch bei Oberschulrat Neckel unbeliebt gemacht. Schlimmer noch: Ihm wird "vorgehalten", Mitglied einer Lehrergemeinschaft zu sein, in der auch DKP-Mitglieder arbeiten. Das ist der wirkliche Grund für seine Entlassung!

Dieser provokatorische Schritt der Schulbehörde rief einen breiten Protest unter der Hamburger Lehrerschaft, unter Schülern und Studenten hervor:

- aus Protest gegen diese Maßnahme stellte der Seminarrat (Beschlusbildungsorgan des Studienseminars) seine Arbeit ein
- die Hauptversammlung der GEW fordert die sofortige Wiedereinstellung von Laux
- die Vollversammlung der Lehrerstudenten an der Hamburger Universität schließt sich dieser Forderung an. Sie stellt in einer Resolution fest, daß der "Fall Laux" als Ausdruck der zunehmenden Faschisierungstendenzen in der BRD zu verstehen ist.

...KEIN EINZELFALL

Am Fall Laux wird exemplarisch deutlich, welche Methoden die Schulbürokratie anwendet, um mit fortschrittli-

chen Lehrern fertigzuwerden. Der Fall Laux ist kein Einzelfall. In den letzten Jahren sind - gerade in Hamburg - eine Reihe ähnlicher Fälle geschehen, wo versucht wurde, fortschrittliche Lehrer mit Hilfe von Disziplinarstrafen an ihrer Tätigkeit zu hindern oder gar sie zu entlassen. Diese verschärften Disziplinarstrafen sind nur eine Reaktion auf die Tatsache, daß die demokratische Bewegung innerhalb der Lehrerschaft, der Widerstand gegen die reaktionäre Bildungspolitik und das reaktionäre Schulwesen der BRD zugenommen hat. Zwei Beispiele dafür, wie hysterisch Hamburgs Schulbürokratie auf den aufkeimenden Widerstand innerhalb der Lehrerschaft, auf die beginnende Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern reagiert:

- In Hamburg-Bergedorf wurde im Frühjahr 1970 der Lehrer Flemming gegen den entschiedenen Widerstand seiner Schüler versetzt. Er hatte in einer Schülerzeitung einen Artikel über Sexualklärung mit unterzeichnet und war bei dem Versuch, fortschrittliche Unterrichtsmethoden einzuführen, in Widerspruch zu der Mehrheit seiner Kollegen geraten. Er hatte im Unterricht in Zusammenarbeit mit seinen Schülern versucht, Themen zu bearbeiten, die ihren Interessen tatsächlich entgegenka-

men. Ihm wurde deshalb vorgeworfen, er habe "eine Mädchenschule in eine Puff verwandeln wollen" und er habe "die Luisenschule für den Bolschewismus sturmreif schießen wollen".

● Im April 1970 wurde in Hamburg-Eppendorf der Lehrer Czichowski strafversetzt. Seine Schüler organisierten daraufhin eine Kampagne für seine Wiedereinstellung.

Czichowski hatte in einer Klasse unterrichtet, die an der Schule allgemein als "unbelehrbar", "äußerst aufsässig" und "besonders schwierig" galt. Die "Zähmung" dieser Klasse sollte für den Junglehrer eine "pädagogische Bewährungsprobe" darstellen.

Durch seine fortschrittlichen Unterricht (eine für die Schüler relevante Unterrichtsthematik, allgemeine Diskussionen in der Klasse ohne Sonderrolle des Lehrers, Gruppenarbeit, gemeinsame Diskussion über die Zensurenverteilung, gemeinsame Bestimmung der Lernziele und Lehrplaninhalt usw.) gelang es Czichowski, sich das Vertrauen der Schüler zu gewinnen.

"Bei Herrn Czichowski mußten wir zwar hart arbeiten, dennoch machte uns sein Unterricht viel Spaß," (Flugblatt der Klasse 10b)

Auf Grund der Erfahrungen mit dem Unterricht Czichowskis waren seine Schüler kaum noch bereit, sich die autoritären Methoden anderer Lehrer einfach gefallen zu lassen.

Das war für die Schulbehörde Grund genug, der weiteren Tätigkeit Czichowskis an dieser Schule einen Riegel vorzuschieben.

In der Praxis des Ausbildungsprozesses an den Schulen entlarvt sich das Geschwätz derer, die immer von "demokratischem Bildungswesen" und "Erziehung zur Mündigkeit" reden, in Wirklichkeit aber nur disziplinierende und anpassende Ausbildung an den Schulen, die Befriedung von Konflikten meinen. "Kommunistische Indoktrination" heißt es empört, wenn ein fortschrittlicher Lehrer einmal versucht, autoritäre Unterrichtsformen und reaktionäre Inhalte zu durchbrechen.

Erst die Praxis der Ausbildung, die Disziplinierung der Ausbilder zeigt, daß die Aufgabe der Schule für die überwiegende Anzahl der Schüler in nichts anderem als der Vorbereitung auf die Ausbeutung im Betrieb besteht. Für den Prozess der Qualifikation und der ideologischen Indoktrination ist die "Loyalität" der Lehrer von besonderer Bedeutung. Unruhe, demokratische Bestrebungen innerhalb der Lehrerschaft oder gar solidarische Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Schülern und Eltern gefährden den "Bildungsauftrag" der Schule erheblich. Gerade deshalb reagiert die Schul-



1. Phase: Studium



3. Phase: Bewerbung (Staatsdienst)



2. Phase: Prüfungen



4. Phase: Aufnahme in d. Staatsdienst

behörde besonders scharf und besonders schnell und präventiv auf entsprechende Tendenzen innerhalb der Lehrerschaft. Ihr geht es darum, den demokratischen "Bazillus" innerhalb der Lehrerschaft so schnell wie möglich zu eliminieren, d. h. so schnell wie möglich aus dem Schuldienst zu entfernen.

Was mit dieser Aufforderung zu politischer Mäßigung und Zurückhaltung gemeint ist, macht ein Beschluß der Bundesregierung, der sog. "Korea-Erlaß", der in seinen Kernpunkten noch heute gültig ist, klar:

(Siehe Kasten) ●●►

BEAMTENRECHT ALS ZWANGSJACKE

Das Beamtenrecht enthält ausreichende Möglichkeiten, die Tätigkeit der Lehrer entsprechend zu reglementieren:

- Beamte haben kein Streikrecht zur Durchsetzung ihrer materiellen und politischen Forderungen. Sie dürfen Forderungen und Beschwerden auch nicht öffentlich vorbringen, sondern haben sich strikt an den Dienstweg zu halten. "Der Beamte begeht ein Disziplinarvergehen, wenn er seine Beschwerde nicht auf dem Dienstweg bis zur obersten Dienstbehörde vorbringt, sondern die Flucht in die Öffentlichkeit wählt." (Beschluß des 1. Disziplinargerichtshofs vom 30. 1. 54, IDV 3153)
- Der Beamte ist durch Eid zu Gehorsam gegenüber seinen Vorgesetzten verpflichtet.
- Politische Betätigung ist nicht nur innerhalb des Dienstes verboten, sondern auch darüber hinaus erheblich eingeschränkt: Bei politischer Betätigung "hat der Beamte diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu üben, die sich aus der Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus den Pflichten seines Amtes ergibt." (§66 LBG)

In einem am selben Tag ergangenen Erlaß des Innenministers heißt es: "Der Beschluß der Bundesregierung stellt klar, daß die Teilnahme von Beamten ... an Bestrebungen oder Organisationen, die gegen die freiheitliche, demokratische Grundordnung gerichtet sind, mit der Treuepflicht gegen die Bundesregierung(!) nicht vereinbar ist. ... Untersagt ist jede Teilnahme, Beteiligung oder Unterstützung. - Damit ist auch die Mitgliedschaft untersagt, denn bereits die geldliche Stärkung einer Organisation durch Beitritt bedeutet eine Unterstützung."



SÄUBERUNG DES STAATSAPPARATS

Diese Beschlüsse waren der Auftakt zur Verfolgung der Kommunisten, zur Einschüchterung und Diskriminierung aller Demokraten im Staatsdienst und vor allem an den Schulen. Sechs Jahre



Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam gegen die Disziplinierungsversuche der Schulbürokratie



Beschluß der Bundesregierung vom 19. Sept. 1950

Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. Alle im unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten "National-Kongresses" wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:

1. die kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union,

6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,
9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN),
11. die Sozialistische Reichspartei,
12. die sogenannte "Schwarze Front" (Otto-Strasser-Bewegung),
13. die "Nationale Front" (Dachorganisation).

Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihrer Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachsichtlich die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Kündigung herbeizuführen. Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Adenauer

vor dem offiziellen KPD-Verbot, zu einer Zeit, als die KPD angeblich noch "den uneingeschränkten Schutz der Verfassung" (Bundesverfassungsgericht 1953) genoß, wurden im Staatsapparat bereits "Säuberungen" in Gang gesetzt.

Zunächst wurden keine Kommunisten mehr in den Staatsdienst aufgenommen, später wurden die bereits im Staatsdienst arbeitenden entfernt, und schließlich fürchtete jeder fortschrittliche Beamte, der mit der reaktionären Politik der Bundesregierung nicht einverstanden war und dies zum Ausdruck brachte, als "Kommunist" denunziert und entlassen zu werden.

Die Entwicklung der letzten Monate knüpft wieder genau an diese Praxis der "Adenauer-Ära" an. Die ersten Schritte werden eingeleitet, um fortschrittliche Lehrer, die durch Teilnahme an Demonstrationen, Mitgliedschaften in sozialistischen Gruppen o. ä. bekannt geworden sind, entweder gar nicht erst in den Schuldienst aufzunehmen, zu disziplinieren und damit die Lehrerschaft und die Studenten einzuschüchtern.

Der Berliner Wissenschaftssenator Stern kündigte bereits 1970 an:

Künftig werden Personalvorschläge der Universität sorgfältig (!) daraufhin überprüft, ob gewährleistet sei, daß der Vorgeschlagene jederzeit für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" eintrete. "Bereits die Zugehörigkeit zu einer Roten Zelle muß als starkes Indiz dafür gewertet werden, daß diese Einstellungsvoraussetzung im Einzelfall nicht gegeben sein wird."

Die Mitgliedschaft in der DKP oder im Spartakus wurde in letzter Zeit häufig zur Grundlage für die Einstellungsverweigerung gemacht. So bei Marion Nürnberg: Ihr wurde "vorgeworfen", sie habe bei den Wahlen zum Studentenparlament in Koblenz für die Spartakusliste kandidiert. So bei der Ablehnung der Berufung Holzers an die Bremer Universität durch den Senat: Bremen könne sich nicht leisten, Kommunisten als Beamte zu akzeptieren. Und der Hamburger Landesschulrat Neckel kündigte an: Diejenigen M-Studenten, die sich während des Streiks im letzten Semester hervorgetan haben, wurden nicht in den Hamburger Schuldienst aufgenommen.

Zur Unterstützung und Legitimation dieser Verfolgungspraxis führt die Reaktion seit einigen Monaten eine Pressekampagne von ohrenbetäubendem Lärm durch.

"Wieviel Macht haben die jungen roten

Beamten?" fragte die "Welt" vor einigen Wochen. Das Hamburger Abendblatt verbreitete, der Fachbereichsrat Erziehungswissenschaften sei ein vom MSB Spartakus unterwandertes Organ. Der Bayernkurier gar stellte jüngst die "Rote Unterwanderung des Staates" fest. An der FU Berlin habe der Gesinnungsterror der Roten Zellen die "Freiheit von Lehre und Forschung" zu einer Farce gemacht, die Universität Bremen entwickelte sich zu einer "roten Kadenschmiede".

Systematisch wird so versucht, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, die Wahrheit zu verdrehen, um ein härteres Vorgehen gegen Studenten und Lehrer als "Selbstverteidigungsmaßnahme der Demokratie" plausibel zu machen.

WOZU DER LARM?

Hinter dieser politischen und ideologischen Offensive der Reaktion steht die Verschärfung der Widersprüche in der BRD, die wachsende Unruhe in der werktätigen Bevölkerung und der studierenden Jugend, der Aufschwung der Klassenkämpfe des Proletariats. Die BRD geht einer wirtschaftlichen Krise entgegen, deren Ausmaß sich noch gar nicht absehen läßt.

Inflationäre Preisentwicklung und wachsende Steuerlasten, drohende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und restriktive Lohnpolitik sind Ausdruck dieser Entwicklung. Gleichzeitig verschärft sich die politische Reaktion:

- Ein reaktionäres BVG wird im Bundes-tag vorbereitet.
- eine Großmobilmachung wird geplant.
- Vorbeugehaft wird vorbereitet.
- Verbotsdrohungen gegen kommunistische und sozialistische Organisationen fallen immer häufiger.
- Bei der Verfolgung des Phantoms "Baader-Meinhof-Bande" wurde der

Bürgerkrieg eingeübt.

Das sind nicht nur Einschüchterungsversuche, die vor allem die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und für größere politische Freiheiten abschrecken sollen, das ist bereits die Vorbereitung auf brutālere Methoden der Herrschaftsausübung selbst.

Die großen Streikkämpfe in Herbst 69, die Kämpfe während der Chemietarifrunde und jetzt wieder die Metallkämpfe haben die Bourgeoisie das Furchten gelehrt. Auch die Studentenbewegung hat dazu beigetragen. Die Kriminalisierung und die Entlassungen von Kommunisten sollen diesen Kämpfen die Spitze brechen und zugleich der Einschüchterung aller dienen. Der Hauptstoß richtet sich dabei gegen die Tätigkeit von Kommunisten in Betrieben und Gewerkschaften. Die Unternehmer legen wieder "Schwarze Listen" an, in denen Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschaftler verzeichnet sind. Diese Arbeiter stehen in ihren Betrieben unter besonderem Druck, sie sind besonderer Überwachung ausgesetzt. Bei Entlassungen sind sie die ersten, die herausfliegen, und sie haben dann große Schwierigkeiten, woanders eingestellt zu werden. (Während der 50er Jahre wurde diesen Kollegen sogar ein K wie Kommunist in die Arbeitslosenkarte gestempelt, damit sie bei jedem Einstellungsversuch sofort erkannt wurden.)

In den Gewerkschaften verschärft sich der Widerspruch zwischen der reaktionären Führung und der Masse der Mitglieder. Die Gewerkschaftsführer, die um Posten und Einfluß fürchten, verstärken ihre Versuche, die Kommunisten in den Gewerkschaften zu isolieren und zu diffamieren, um sie dann bei der nächsten Gelegenheit

rauswerfen zu können. In einigen Bundesländern sind sogar schon in den Gewerkschaften Verbotsforderungen aufgestellt worden.

Besonders wütend sind die Kapitalisten auf die Arbeiter, die sich in Streikkämpfen als besonders standhaft und initiativ erwiesen haben. Auf diese Kollegen wird zum Beispiel in der Chemie-Industrie nach den jüngsten Tarifikämpfen besonderer Druck ausgeübt:

- In Hamburg z.B. wurden bei der Norddeutschen Affinerie Streikführer nach dem Streik an Arbeitsplätze versetzt, wo sie von ihren Kollegen völlig isoliert sind.

- Bei Reichold (Hamburg) wurden zwei Vertrauensleute unter erlogenen und diskriminierenden Begründungen (Brandstiftung während des Streiks! Diebstahl von Werkseigentum!) nach dem Streik gefeuert.

- Bei Merck (Darmstadt) wurden gewerkschaftliche Streikleiter auf 100.000 DM Schadenersatz verklagt.

Die verschärften Angriffe auf fortschrittliche Lehrer und Dozenten sind ein Bestandteil der politischen Offensive der Reaktion, der Diskriminierungs- und Kriminalisierungskampagne gegen Sozialisten und Demokraten. Das Kapital bereitet sich darauf vor, harte Klassenausschreitungen mit Gewalt abzuwürgen. Wenn Kämpfe in den Betrieben schon nicht zu verhindern sein werden, die Schulen sollen jedenfalls zu einer Festung der Reaktion werden, und an den Universitäten soll wieder "Ruhe und Ordnung" hergestellt werden. Für Demokraten und Sozialisten ist da kein Platz! Mit der Studentenbewegung hat die Bourgeoisie schon genug schlechte Erfahrungen gemacht. ■



Gegen die Einschüchterungsversuche der Bourgeoisie - der Kampf an der Seite der Arbeiterklasse

Arbeitnehmer haben mehr Rechte im Betrieb

Bundestag behandelt Betriebsverfassung

Von unserem Korrespondenten Roland Müller

FRANKFURT RUNDSCHAU 11 NOV.

So oder ähnlich feiert in diesen Tagen die Presse der Bundesrepublik die Verabschiedung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes (BVG). Konnte im Jahre 1952 das alte Betriebsverfassungsgesetz nur gegen den breiten Widerstand der westdeutschen Arbeiterklasse durchgesetzt werden, so versucht die westdeutsche Kapitalistenklasse heute unverschämterweise das neue BVG als "Verbesserung" zu verkaufen. Die Arbeiterklasse soll möglichst gar nicht erst merken, daß ihre Rechte im Betrieb noch weiter eingeschränkt werden. Breite Streikbewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse sind

auch heute noch die größte Gefahr, die die Kapitalistenklasse fürchtet. Ist es ihr gelungen, mit der Verabschiedung des BVG die Arbeiterklasse vor vollendete Tatsachen zu stellen, wird sie so abgesichert - versuchen, auch ihre reaktionären "Reformvorhaben" für andere gesellschaftliche Bereiche durchzusetzen. Hochschulrahmengesetz, BAföG und neue Prüfungsordnung sind an den Hochschulen klare Anzeichen dafür, wie die Kapitalistenklasse gegenwärtig dabei ist, ihre Interessen durch Reformen in der bundesrepublikanischen Gesell-

schaft abzusichern.

Das BVG ist der Kern dieser Maßnahmen.

Alle sozialistisch und demokratisch gesinnten Studenten werden den Kampf gegen das BVG unterstützen müssen. Denn indem es der Kapitalistenklasse gelingt, diese "Reform" ohne großen Widerstand durchzusetzen, wird sie ihre "Reformen" im Hochschulbereich nur um so frecher und rücksichtsloser durchführen. Zur Beurteilung der "BVG-Reform" drucken wir einen Artikel aus der "Kommunistischen Arbeiterzeitung" des SAZ vom April dieses Jahres ab (KAZ 4/71, S. 5).

Friedenspflicht mit den Unternehmern?

Im Betrieb brauchen wir eine Interessenvertretung, um uns gegen die ständigen Angriffe des Unternehmers, gegen verschärfte Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen, Entlassungen von Kollegen usw. zur Wehr zu setzen. Das ist der Betriebsrat, oder besser: er sollte es sein. Denn das geltende BetrVG zwingt ihn, gegen unsere Interessen zu arbeiten:

§ 49 (1) "Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle des Betriebs und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls zusammen".

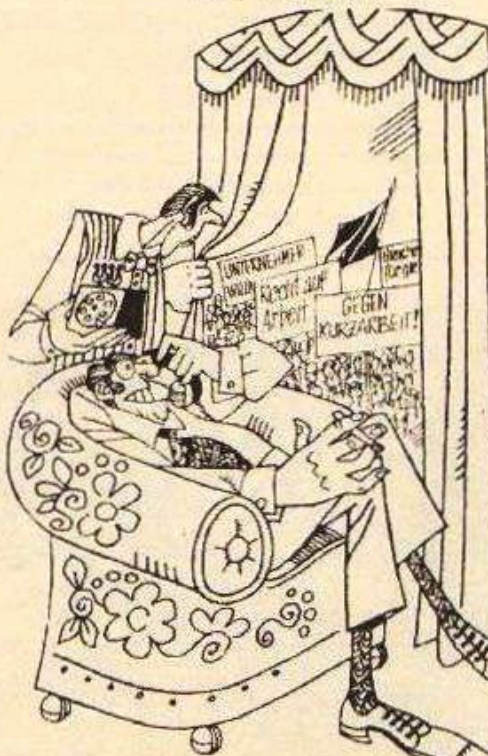
(2) "Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebes zu gefährden. Insbesondere dürfen Arbeitgeber und Betriebsrat keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander durchführen. Arbeitskämpfe tarifaffiler Parteien werden hierdurch nicht berührt."

Das Interesse der Kapitalisten ist es, möglichst hohen Profit aus unserer Arbeit herauszuschinden. Unser Interesse dagegen steht dem der Kapitalisten direkt gegenüber. Im BetrVG wird von "vertrauensvoller Zusammenarbeit" des Betriebsrats mit dem Unternehmer "zum Wohle des Betriebes" geredet. Das besitzt aber nichts anderes, als daß wir unsere eigenen Interessen denen der Kapitalisten unterordnen sollen. Wer die Herrschaft über die Betriebe hat, wer die Herr-

schaft über die Produktion hat, der hat auch die Herrschaft über die Gesellschaft, der hat die politische Herrschaft. Im Kapitalismus sind dies die Kapitalisten. Also ist das "Wohl der Betriebe" und das "Gemeinwohl" nichts anderes als das "Wohl der Kapitalisten". Diesem Wohl können wir aber keineswegs "trauen". Gegen das "Wohl der Kapitalisten" richtet sich unser Kampf!

Kapital und Staat -

"in einem Boot"



„Wir haben sie lediglich aus dem Betrieb rationalisiert die Straße ist Ihre Sache, Herr Innenminister!“

Das Betriebsverfassungsgesetz legt dem Betriebsrat die Vertretung von Interessen auf,

die nicht die unsrigen sind. Er darf nach dem geltenden Gesetz den "Frieden des Betriebes" nicht "gefährden" und außerhalb der vom Kapital geregelten Lohnverhandlungen "keine Maßnahmen des Arbeitskampfes" gegen den Fabrikherrn durchführen. Die Unternehmer wollen unsere erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen jederzeit wieder rückgängig machen können. Und der Betriebsrat soll schon "stillhalten" und den "Frieden des Betriebs" nicht gefährden! Sonst kann er aufgelöst, einzelne Mitglieder entlassen und sogar schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Die Kollegen von Michelin in Bad Kreuznach haben erfahren, wozu der § 49 den Kapitalisten dient: Im Dezember letzten Jahres strichen die Bosse des Michelin-Werkes die Bezahlung einer Pause von 30 Minuten pro Schicht. Als "Entschädigung" boten die Unternehmer den Kollegen 50 % statt bisher 25 % Überstundenzuschlag am Sonnabend an. Die Kollegen erkannten, was das bedeutet: Lohnkürzung und mehr Arbeit für sie, mehr Profit für die Fabrikherren. Betriebsrat Schick forderte die Kollegen auf, entschlossen gegen diesen Angriff der Unternehmenseleitung zu kämpfen. Prompt sahen die Michelin-Bosse den "Frieden des Betriebs" gefährdet und feuerten Schick. Nur durch einen unachgiebigen Streik verhinderten die Kollegen den Lohnraub und erzwangen die Rücknahme der Kündigung ihres Betriebsrates. Hätten sie die Entscheidung dem Arbeitsgericht überlassen, wie die Kapitalisten und leider auch die Gewerkschaftsführung es ihnen vorschlugen, dann wäre Kollege Schick nie wieder eingestellt worden. Denn das Arbeitsgericht hatte sich auf den § 49 des BetrVG berufen und den Kapitalisten recht gegeben. Und diesen Knebelparagraphen hat die SPD-

Spitze in ihrer Gesetzesvorlage keineswegs gestrichen! Im Gegenteil: Er wurde noch verschärft! Hieß es bisher, daß der Betriebsrat nichts tun darf, was den "Betriebsfrieden" gefährdet, so soll nach dem Regierungsentwurf der Betriebsrat nichts tun dürfen, was den Betriebsfrieden auch nur "beeinträchtigt". Und ausdrücklich erwähnt die SPD-Spitze, daß darunter auch "politische Betätigungen" fallen. Den Fabrikherren wird es mit dieser Formulierung noch leichter fallen, sich eine Begründung für den Hausschluß eines mißliebigen Betriebsrates auszudenken. Oder andersherum: Sie werden die Betriebsräte noch leichter einschüchtern und als Instrumente ihrer Profitinteressen einsetzen können. Wollen wir die weitere Korumpierung unserer Interessenvertretung verhindern, dann kann unsere Forderung nur lauten: **WEG MIT DEM REAKTIONÄREN § 49 - KEINE FRIEDENSPFLICHT MIT DEN KAPITALISTEN!**

Schweigepflicht gegenüber den Kollegen ?

Der Betriebsrat hat nur in unwesentlichen Fragen Mitbestimmungsrechte. Auf Entscheidungen wie z. B. die Stilllegung eines Betriebes hat er überhaupt keinen Einfluß. Der Betriebsrat ist nach § 55 des geltenden Gesetzes verpflichtet, überall dort, wo es der Kapitalist für nötig hält, zu schweigen!

§ 55 (1) "Alle Mitglieder oder Ersatzmitglieder des Betriebsrates sind verpflichtet, über vertrauliche Angaben, oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Betriebsrat bekanntgeworden, und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimzuhalten bezeichnet worden sind, Stillschweigen auch nach dem Ausscheiden aus dem Betriebsrat zu wahren..."

Als z. B. in der Ruhrkrise einige große Zechenunternehmen ihre Schachtanlagen schlossen, erfuhren die davon betroffenen Kumpel dieses erst durch die Nachrichten im Deutschlandsender der DDR. Die Betriebsräte wurden zum Teil gar nicht erst informiert. Wo die Zechenleitungen sie aber informierten, wurden sie sogleich nach § 55 zum Schweigen verpflichtet. Die Unternehmer wollten Zeit gewinnen und die Kollegen daran hindern, sich intensiv auf Kampfmaßnahmen gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes vorzubereiten. Viele Kollegen hatten nicht einmal mehr genug Zeit, sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen, ohne daß sie erst ein Paar Tage oder gar Wochen auf der Straße lagen und der Lohn für sie ausfiel! Die Kapitalisten wollen ihre Pläne soweit wie möglich vor den Arbeitern geheimhalten, damit sie auf alle Fälle ihr Schäfchen rechtzeitig ins Trockene bringen können. Sie wissen genau: Informationen in der Hand der Arbeiterschaft können zu einer scharfen Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung werden.

Und darum haben sie die SPD-Spitze veranlaßt, auch an diesem Maulkorbparagraphen in ihrem Gesetzentwurf nicht zu rütteln. Vielmehr hat die Bundesregierung im Auftrag des Kapitals auch an diesem Paragraphen eine Änderung vorgenommen, die die Interessen der Fabrikherren noch deutlicher ausdrückt. Wo im geltenden Gesetz von "Stillschweigen" die Rede ist, spricht die SPD-Führung davon, daß der Betriebsrat verpflichtet ist, auf Befehl der Unternehmer bestimmte Informationen "nicht zu offenbaren und nicht zu verwerten".

Das heißt aber, daß die Unternehmer dem Betriebsrat nicht nur verbieten können, die Kollegen z. B. von einer bevorstehenden Stilllegung des Betriebes zu informieren.

Die Unternehmer können dem Betriebsrat

nach dem Regierungsentwurf darüberhinaus auch verbieten, Kampfmaßnahmen für den Zeitpunkt vorzubereiten, wenn die Herren Unternehmer eine Information der Kollegen "gestatten". Ja, sie können ihm sogar verbieten, sich vorbereitend für die Beschaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen!

Die Information des Betriebsrates selbst wird damit zur bloßen Farce!

Wollen wir diesen Betrug der Kapitalisten verhindern, dann kann unsere Forderung nur lauten:

WEG MIT DEM REAKTIONÄREN § 55 - KEINE SCHWEIFPFLICHT GEGENÜBER DEN KOLLEGEN!

Die SPD-Führer verraten unsere Interessen

Der neue Regierungsentwurf bestimmt auch, daß in Zukunft Arbeiter und Angestellte ihre Personalakten einsehen dürfen. Aber das wird keinem Kollegen etwas nützen: Denn die "Schwarzen Listen", auf denen mißliebige Kollegen vermerkt sind, wird uns bestimmt kein Kapitalist zeigen. Die bleiben im Panzerschrank.

Keinen Pfifferling wert sind auch die anderen Änderungen, die Regierung, bürgerliche Presse und Gewerkschaftsspitze uns als "Verbesserungen" anpreisen.

- In Zukunft soll jeder Kollege verlangen können, vor einer Versetzung von einer Abteilung in eine andere gehört zu werden. Verhindern kann er die Versetzung allerdings nicht.



"Passen Sie auf, daß das Kündigungsschreiben noch niemand sieht. Ich muß mich noch vertrauensvoll vom Betriebsrat beraten lassen!"

- In Zukunft soll jede Kündigung unwirksam sein, wenn der Betriebsrat nicht zuvor gehört wurde. Verhindern kann der Betriebsrat die Kündigung allerdings nicht.



MEIALLARBEITERSTREIK 1954 in BAYERN

Aber nicht nur, daß der Gesetzentwurf der Regierung bloße Fassaden aufbaut, hinter denen sich der alte, reaktionäre Inhalt verbirgt. Nein, weit gefehlt! Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Grundlage für noch einschneidendere Angriffe auf die Interessen der Arbeiterklasse in sich birgt.

● Nach § 5 des Regierungsentwurfs soll das BetrVG nicht für "leitende Angestellte" gelten. Sie sollen nicht vom Betriebsrat vertreten werden, sondern eine eigene Gruppenvertretung bilden. Schon "AT" (außertariflich bezahlte)-Angestellte sollen mit dieser Sondervertretung erfaßt werden. Wir müssen damit rechnen, daß die Kapitalisten in Zukunft versuchen werden, auch Meister, Vorarbeiter usw. aus der Vertretung durch den Betriebsrat herauszunehmen. Diese Regelung zielt also eindeutig auf eine weitere Spaltung der Werktätigen ab. Wenn es dem Kapitalisten beliebt, wird er mal diesen, mal jenen Teil von uns abspalten.

● Das alte Verbot politischer Betätigung im Betrieb ist im neuen Regierungsentwurf nicht mehr enthalten. Doch wer glaubt, daß dies eine Verbesserung darstellt, sieht sich auf übelste Weise hinter Licht geführt. Denn: Einmal wurde die "Friedenspflicht" verschärft, worauf wir schon hingewiesen haben. Und zum anderen dürfen z. B. Gewerkschaftsvertreter nur noch "im Benehmen mit dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat" den Betrieb betreten, "soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufes, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegenstehen" (§ 2, Absatz 3 des Regierungsentwurfs). So sichert die Regierung rechtlich ab, daß der jeweilige Kapitalist bestimmen kann, in

welcher Richtung sich im Betrieb politisch betätigt werden darf. Und was das für die kommende Zeit heißt, können wir uns nur allzugenut vorstellen: Die Unternehmer werden die Herren Brandt, Schiller, Kiesinger, Strauß, Scheel, Genscher, Ruhnau, Weichmann oder wie sie sonst noch alle heißen in den Betrieb holen. Und diese Herren werden versuchen, uns mit ihrem Geschwätz von "sozialem Frieden" und "gefährdetem Wirtschaftswachstum" besoffen zu machen. Sie werden versuchen, uns mit hochtönenden Phrasen von der Vertretung unserer tatsächlichen Interessen abzuhalten. Das ist der Sinn, wenn im BetrVG das Verbot politischer Betätigung aufgehoben werden soll. Denn: Die Aufhebung des Verbots politischer Betätigung im Betrieb ist noch lange kein Recht auf freie politische Betätigung im Betrieb!

Kommunistischen und demokratischen Gewerkschaften können die Kapitalisten den Zutritt zum Betrieb verbieten. Und das werden sie auf alle Fälle versuchen, denn die Kapitalisten lassen nur das zu, was Ausbeutung und Unterdrückung nicht gefährdet... und das werden sie tun, solange diese Betriebe ihre Betriebe sind! Und bei alledem drängen sie den Betriebsrat in ihre Komplizenschaft, versuchen sie die Herausbildung einer tatsächlichen Interessenvertretung der Kollegen im Betrieb massiv zu bekämpfen!

Entschlossener Kampf gegen das reaktionäre BetrVG

Zunächst hatte SPD-Arbeitsminister Arendt noch einen Entwurf vorgelegt, der unseren demokratischen Rechten ein klein wenig mehr Spielraum gewährte. Aber die Kapitalistenverbände und in ihrem Gefolge die FDP und einige SPD-Minister schlugen

Alarm. Arendt war in seinem Entwurf in einigen Punkten unversehens "zu weit gegangen". Die Kapitalisten piffen ihren Minister zurück.

Die SPD-Führung hat erneut gezeigt, daß sie nicht in der Lage und auch nicht willens ist, unsere Situation im Betrieb zu verbessern. Um sich ihre warmen Regierungssessel zu erhalten, leisten sie dem Kapital "nach bestem Wissen und Gewissen" hilfreiche Dienste. Aber die Arbeiterklasse hat schon oft bewiesen, daß sie sich nicht widerstandslos den Interessen ihrer Ausbeuter beugt. In der westdeutschen Arbeiterschaft ist wieder eine deutliche Gärung vorhanden. Die zunehmende Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die ständigen Preis- und Mieteerhöhungen, der verschärfte Druck von Kapitalisten und Regierung auf gewerkschaftliche Lohnforderungen - das zeigt uns immer mehr, für wen im Kapitalismus Reichtum geschaffen wird. Und einher mit den sich verschlechternden Lebensbedingungen der Arbeiterklasse geht unsere wachsende politische Entrechtung, verschärfen sich die Angriffe der Kapitalisten auf unsere grundlegenden demokratischen Rechte.

So erkennen immer mehr Kollegen, daß wir unsere Interessen nur im gemeinsamen Kampf durchsetzen können. Denn die Kapitalisten und ihre Regierung haben schon immer und werden auch in Zukunft nichts anderes im Sinn haben, als unsere Interessen niederzuhalten. Und nichts anderes bezwecken sie auch mit dem "neuen" Gesetzentwurf - wie der Kieler Betriebsrat Ernst Duschinski sagt: "Wir Arbeiter sollen wieder einmal verschaukelt werden."



MOBILMACHUNG:

gegen wen?



Kriegsminister Schmidt: "Wir meinen es ernst mit der Verteidigung!"

BRD: Ökonomischer Riese – Politischer Zwerg?

Die BRD liegt zusammen mit Japan auf dem 2. Platz in der wirtschaftlichen Rangliste der imperialistischen Staaten. Frankreich und Großbritannien sind nach hinten gedrängt. Das ökonomische Gewicht der BRD wurde besonders seit der Exportoffensive nach der Krise 66/67 vergrößert. Diese Großmachtposition soll nun auch politisch und militärisch abgesichert werden. Der BRD-Imperialismus nimmt verstärkt an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der sog. Dritten Welt teil.

Die Drohung der deutschen Kapitalisten, die türkische Regierung solle gefälligst dafür sorgen, daß deutsche Betriebe in der Türkei nicht mehr bestreikt werden, und das verstärkte Engagement der Bundeswehr in der Türkei machen das deutlich. Um die Niederlassungen von BRD-Monopolen in den portugiesischen Kolonien und ihre Schürfrechte zu sichern, beliefern die westdeutschen Imperialisten die Portugiesen nicht nur mit Waffen. In Guinea wurden Geheimkontakte der deutschen Botschaft in Konakry mit dem von den portugiesischen Invasoren vorgesehenen Präsidentschaftskandidaten entlarvt. In "Lebensmittelpaketen" steckten getarnte Waffenlieferungen einer hamburger Firma, Bundeswehrangehörige, die als Inspektoren in der guineischen Armee arbeiteten, hatten Verbindungen zu Offizieren, die unter den Franzosen gegen die Befreiungsarmee gekämpft hatten. Diese Methoden sind nicht neu. Auch das militärische Eingreifen der USA in Vietnam begann mit Militärberatern. Parallelen zu verschiedenen CIA-Putschversuchen liegen auf der Hand. Daß Guinea mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen die richtigen Konsequenzen zog, zeigt

sich an der hysterischen Reaktion in Westdeutschland: die Entlarvung wurde als "Dokumentation aus Ostberlin" (!) bezeichnet. (Scheel, Le Monde 23.1.71).

Auch gegenüber den kapitalistischen Ländern verstärkt die BRD ihre politische Offensive. Auf der "Zehnerkonferenz" in New York zeigte Wirtschaftsminister Schiller zwar eine gewisse Konzillanz gegenüber den USA, münzte aber sogleich die ökonomische Stärkeposition der BRD in eine politische um: in entscheidenden Fragen könne es keine Kompromisse geben. Der BRD-Imperialismus verschärft seine Konkurrenz gegenüber den USA, sowie gegenüber allen anderen Ländern! Die Zustimmung zur Freigabe der Wechselkurse bedeutete einen klaren Bruch der EWG-Verträge.

Auch von einer Mobilmachung verspricht sich Schmidt eine "außenpolitische Wirkung". Er mache sich Sorgen über die Bereitschaft der USA zur Verringerung bestehender militärischer Pflichten. "Ich habe zwar keinen Zweifel an Nixons Zusicherung, daß die USA in Europa weiterhin Truppen lassen werden. Doch 1972 sind in den USA Wahlen. Und für den Abbau der USA-Repräsentanz in Europa treten in den USA nicht mehr nur noch einzelne Senatoren ein. Das ist die Haltung vieler." Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Krise in den USA, die den militärischen Plänen des Pentagon mehr und mehr Einschränkung auferlegt, der inneren Zerrüttung der US-Armee durch den Vietnam-Krieg und einer breiten demokratischen Bewegung gegen diesen Krieg, hat das BRD-Kapital kein rechtes Vertrauen mehr in den US-Imperialismus und sieht andererseits hier eine große Chance, den eigenen Machtbereich auszudehnen.

"Helmut Schmidt schlägt Alarm!" verkündete die "Bild am Sonntag" vom 31. 10. 71, und weiter:

- unsere Verteidigungskraft darf nicht geschwächt werden
- ▶ alles, was halbwegs gehen kann, muß in die Kaserne
- ▶ zum ersten Mal: Bundeswehr übt die Mobilmachung
- ▶ auch private Kraftfahrzeuge sollen eingezogen werden."

Diese Vorstellungen wurden von Kriegsminister Schmidt auf einer "sicherheitspolitischen Tagung" in Kiel entwickelt. "Wir wollen damit zeigen, daß wir Verteidigung ernst meinen und nicht nur als Show." Gleichzeitig kündigte Schmidt eine Erhöhung des Militärbudgets um 11 % an.

Schmidt meint zwar, daß es "für einen Bundesminister schwierig sei, anzudeuten, welche Gefahren sich für die Bundesrepublik aus dem Wandel der Rolle Washingtons in der Weltpolitik ergeben könnten" (FAZ 31.10.), aber die Konsequenzen hat er längst gezogen: verstärkter Aufbau der Bundeswehr zur stärksten imperialistischen Armee nach den USA, um sie in die Lage zu versetzen, dort, wo der US-Imperialismus die Interessen des deutschen Kapitals nicht mehr wahrnehmen kann, an seine Stelle treten zu lassen. Der deutsche Imperialismus will sich mit der Mobilisierung gegenüber den Konkurrenten und den von ihm ausgebeuteten Ländern profilieren! Und wenn Schmidt von "Verteidigung" spricht, meint er nicht Verteidigung der Interessen der westdeutschen Bevölkerung, sondern Verteidigung der Interessen des westdeutschen Monopolkapitals!

Mobilisierung gegen den "Inneren Feind"

Mit der Mobilisierung der Bundeswehr geht einher die Militarisierung der Gesellschaft und die Mobilisierung gegen den inneren Feind:

- Die CDU wärmt ihre alten Forderungen nach Einführung allgemeiner Dienstpflicht wieder auf; Genscher, in schönen Worten gekleidet, ruft die junge Generation auf, "nicht abseits zu stehen, sondern sich zu diesem Staat zu bekennen", worunter er die aktive Beteiligung an Bürgerkriegsorganisationen wie dem Katastrophenschutz meint. Zugleich wendet er sich gegen "Schmarotzer einer Demokratie, die nur ihre Vorteile genießen aber selbst keinen Beitrag dazu leisten wollen".
- Schmidt führte in der erwähnten Rede nach einer scharfen Kritik an der steigenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer aus: "Ich strebe an, daß alles, was halbwegs gehen und stehen kann einbe-

ufen wird."

- Die politische Verfolgung der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse wird durch das BVG im Betrieb und die Vorbeugehaftgesetze außerhalb verbessert, die politische Disziplinierung von fortschrittlichen Intellektuellen nimmt immer größere Ausmaße an.

- Gegen demokratische und sozialistische Organisationen wird mit den Mitteln der Diffamierung und Kriminalisierung vorgegangen, um die Illegalisierung vorzubereiten.

Das Kapital hat sich auf diese Offensive lange vorbereitet. Die Grundlagen für die Mobilisierung wurden 1968 mit den NS-Gesetzen geschaffen, die Enteignungen, Vorbeugehaft, Streikverbot und anderen Maßnahmen, die sich hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse richten, im sog. Verteidigungsfall und bei "innerem Notstand" vorsehen. Allerdings stellen diese Gesetze nur Rahmengesetze dar, zu denen bisher aber die notwendigen Ausführungsbestimmungen meist fehlen. Und das ist nicht zufällig so, hatten doch die mächtigen Aktionen gegen die NS-Gesetze - die diese zwar nicht verhindern konnten, da der Kampf nicht von einer starken Arbeiterbewegung getragen wurde, - die große Koalition soweit erschreckt, daß sie nach der Verabschiedung zunächst alles unterließen, um neue Anlässe, wie es neue Gesetze zu Ausführung der NS-Gesetze gewesen wären, für breite demokratische Widerstandsaktionen zu schaffen.

v. Hassel, Schmidts Vorgänger im Kriegsministerium, mußte daher auf Konkretisierung und praktische Erpro-

bung der Unterdrückungsmaßnahmen verzichten.

Das soll jetzt nachgeholt werden! Die Bundeswehr will mobilisieren "um zu sehen, ob das überhaupt funktioniert", will testen, wie die Bevölkerung darauf reagiert, will sie an solche Aktionen gewöhnen. Aber nachdem sie's aus breiten Teilen der Bevölkerung Protest andeutete, machte Schmidt schnell deutlich, daß es sich "nur" um eine Übung "in einem einzigen Landkreis" handele, zu der auch keine PKWs herangezogen würden. Der Kriegsminister mußte feststellen, daß die Bevölkerung trotz der Baader-Meinhof-Übungen noch nicht bereit ist, an größeren Notstandsaktionen teilzunehmen.

Aber zugleich ist der Rückzieher ein Hinweis auf die mangelhaften rechtlichen Grundlagen für solche Notstandsübungen und eine Aufforderung, endlich die Grundlagen für praktische Erprobung des Unterdrückungsapparats zu schaffen. Die imperialistische Aggression nach außen ist stets verbunden mit scharfer Unterdrückung nach innen.

Ostverträge und Mobil-machung - kein Gegensatz

Stellen Schmidts Ankündigungen nicht eine Sabotage der allg. Entspannungs-bemühungen der Bundesregierung dar?

Dazu sagt er selbst: "Niemand soll auf die Idee kommen, daß die Verhandlungen mit der UdSSR größere Verteidigungsanstrengungen des Westens nicht nötig machen." Deutlicher wurde der CDU-Ideologe Rüdiger Altmann am 3.11. in einem Fernsehkommentar, wo

er explizit darauf hinwies, daß Ausgleich mit den sozialistischen Staaten keineswegs auch Entspannung nach innen bedeuten müsse, im Gegenteil, er betonte, daß gerade dann der Kampf gegen die Kommunisten im Innern verstärkt werden müsse.

Wir können dieser offenen Erklärung der Imperialisten nur hinzufügen: gerade die Erfahrungen mit der Politik des US-Imperialismus in den letzten Jahren - trotz "Annäherung" an die Sowjetunion Verstärkung und Ausdehnung seiner imperialistischen Aggressionen auf ganz Indochina und direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker durch Inszenierung von Putschen u.ä. - zeigt, daß die "Entspannung zwischen Ost und West" die Imperialisten keinesfalls dazu gebracht hat, ihre aggressiven Vorhaben gegenüber anderen Völkern und dem eigenen aufzugeben.

Demgegenüber heißt es von den wirklichen Gefahren und Aufgaben ablenken, wenn die DKP und ihre Freunde Illusionen der Art verbreiten, daß die Moskauer und Warschauer Verträge "die Chance eröffnet (hätten), den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten" (Aufruf zum Vietnam-Hearing vom 14.10.71 oder wenn der DKP-Vorsitzende Bachmann in der Fernsehsendung "Panorama" davon träumt, "daß die äußeren günstigen Bedingungen auch zu günstigen Möglichkeiten und zur Entfaltung der Demokratie im Innern führen."

Genseher ist diesbezüglich einer Meinung mit Altmann, wenn er darauf hinweist: "Der Versuch der Bundesregierung, außenpolitisch zu einem Ausgleich mit dem Osten zu kommen, darf nicht mit



... gegen den inneren FEIND

einer innenpolitischen Annäherung der Systeme verwechselt werden." Daß sich CDU/CSU und DP/FDP in der Frage des Kampfes gegen die Kommunisten sowie in der Aufgabe, dem "ökonomischen Riesen" BRD auch zu einem politischen - sprich imperialistischen - Riesen zu machen, zeigen gerade die jüngste "Versöhnung" im Bundestag und die Tagung in Kiel:

--Im Rahmen des gemeinsamen Schwurs auf die Kommunistenjagd (Brandt zu diesem Thema im Bundestag: "Es geht also nicht darum, daß man uns zum Jagen tragen müßte") wies der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der CDU, v. Weizsäcker auf die Gemeinsamkeit bzgl. der imperialistischen Ziele hin: "Wir brauchen keine große Koalition, aber so etwas wie eine ständige große Konspiration zur Lösung auch außenpolitischer Probleme." - Der frühere CDU-Kriegsminister v. Hassel hielt in Kiel das Koreferat zu Schmidts Rede: "Ich bin besorgt darüber, daß der Westen wie in den 30-iger Jahren dem "Zeitgeist Friedenssehnsucht" verfällt und die Augen vor den Realitäten verschließt. Die Bild am Sonntag konstatierte: "In Verteidigungsfragen einig!" Aber die Einigkeit in diesen Fragen ist nicht neu. Sie bestand ihre erste große Bewährungsprobe in der gemeinsamen Verabschiedung der NS-Gesetze.

Darum lenkt alles Hoffen und Spekulieren darauf, daß sich die außenpolitische "Entspannung" zur innenpolitischen ausweiten müsse und daß das BRD-Kapital auf seine aggressiven Absichten verzichten könne, von der wirklichen Entwicklung ab; das BRD - Kapital ist aufgrund seiner inneren Widersprüchlichkeit und der wiederaufflackernden Kämpfe der Arbeiterklasse zur Verstärkung seiner imperialistischen Aggressionen nach Außen und Innen gezwungen und bedient sich dabei zur Zeit flexiblerer Methoden wie der "neuen Ostpolitik" zur Durchsetzung. (Hin und wieder wird auch von "Fraktionen" geredet; aufgrund welches "Realismus" diese "gemäßigte" Kraft ihre Politik macht, wird gerade an Schmidt deutlich. Sein Bekenntnis zur "unerlässlichen militärischen Wachsamkeit" "vor allem gegenüber der Sowjetunion" (FR 4. 11.) kommentiert das Bundeskriegsministerium so: "Minister Schmidt will deutlich machen, daß wir eine Politik auf dem Boden der Tatsachen betreiben".)

Die Mo'ilmachungübung macht klar: der BRD-Imperialismus als Juniorpartner des US-Imperialismus macht mobil gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen in der BRD und die Völker der Welt!

Den Faschisten kein Pardon!

Die Faschisten kommen wieder aus ihren Löchern gekrochen,...

Augenblicklich startet die Bourgeoisie im Rahmen ihrer sogenannten Hochschulreform einen Großangriff gegen die demokratischen Rechte der Studenten. Offenbar glauben NHB, RCDS & Co., im Schutz dieser Offensive ihr braunes Süppchen kochen zu können. Sie unterstützen offen die Diskriminierung fortschrittlicher Lehrer und Dozenten, während sie gleichzeitig "Kampf dem Gesinnungsterror" schreien. Diese Leute betreiben das Geschäft der Bourgeoisie in unseren eigenen Reihen!

Auf einen Schlag tauchte in den letzten Wochen eine ganze Serie von Flugblättern des RCDS und NHB auf. Diese Gruppen scheuen sich nicht, ihre Zielsetzungen unverhüllt auszusprechen: "Wir sind... gegen einen inzwischen schon

lange überflüssigen AStA... und ein nutzloses Studentenparlament."

"Wir sind ebenso gegen einen euphorischen Mitbestimmungswahn..." Das sind zwei Beispiele aus einem RCDS-Flugblatt. Mit solchem Schund versuchen die Faschisten, die Rechte zu zerstören, die sich die Studenten erkämpft haben und für die sie weiterhin kämpfen werden.

Das deutsche Volk hat zwölf Jahre lang unter der faschistischen Barbarei gelitten. Wir wissen, was wir von diesen Leuten zu halten haben. Jede weitere Provokation dieser Leute werden wir entschieden zurückweisen! DIE FASCHISTEN DÜRFEN AN DER HAMBURGER UNIVERSITÄT KEINEN FUSS AUF DEN BODEN KRIEGEN! Das abgedruckte Flugblatt wurde uns von den Faschisten als Kampfansage zugeschickt.

Harald Neubauer
2000 Hamburg 70
Lydiastraße 1

"Wacht auf,"

"Wacht auf,"

Verdammt diese Erde,...

So sangen sie vor hundert Jahren, und so singen sie heute wieder. Nicht nur der Text ist der alte geblieben, sondern auch der Geist, der dahinter steht. Klassenhaß und Revolution predigen die Urheber jener marxistischen Grabeshymne, die sie INTERNATIONAL nennen. Jenseits von Mauer und Stacheldraht müssen es die Unterdrückten von heute singen. Diesseits des Todesstreifens singen es die Unterdrückten von Morgen. Sozialisten und Kommunisten, Junos und EDAJ singen dasselbe. Sie firmieren unter verschiedenen Namen, im Geiste aber sind sie Brüder. Getronnt marschieren, aber vereint schlagen, so lautet die Devise linker Gruppen in der Bundesrepublik. Das gemeinsame Ziel ist die Zerschlagung unserer parlamentarischen Demokratie - die Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung. In Mitteleuropa haben sich bereits vor zwanzig Jahren SPD und KPD zur SED vereinigt.

Bei der "Aktion Roter Punkt" in Hamburg und bei vielen anderen Anlässen wurde auch hier im Kleinen schon demonstriert. Was sich in Großen bereits abzeichnet: SPD und KPD --- "Proletariat aller Schattierungen vereinigt Euch"!

Wir verdanken es der Christenunion, daß es soweit kommen konnte. Zwanzig Jahre C D U - Schlendrian in allen Bereichen haben bewirkt, daß Ultralinke und Rosarote die Schlüsselpositionen in Presse, Funk und Fernsehen in Ruhe besetzen konnten.

Heute haben die Schwarzen der großen Worte viele, aber erst nachdem unser Jüngstes Kind, - die Demokratie - bereits in den roten Brunnen gefallen ist. Die C D U hat bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist Sicherheit, Recht und Ordnung zu gewährleisten. Deshalb gibt es hier und heute nur ein wirksames Mittel zur weiteren Aufrechterhaltung unserer Demokratie. Wir müssen eine Partei unterstützen der das am wichtigsten ist, was wir gerne bleiben wollen, nämlich in Freiheit lebende

DEUTSCHE

Die bolschewistische Gefahr abzuwehren und den Schlendrian in allen Bereichen zu unterbinden muß das Ziel jener Partei sein, der wir alle unser Vertrauen schenken können. Und aus diesen Gründen, können wir nur die Nationaldemokratische Partei Deutschlands N P D empfehlen!

Vertrieb und Druck: Junge Nationaldemokraten (J.N.) Hamburg.

SEPTEMBERMASSAKER

Eine Niederlage des palästinensischen Volkes



Die Septembermassaker

Im September 1970 kam es in Jordanien zu einem der brutalsten Bürgerkriege, den die Weltöffentlichkeit bisher verfolgt hat. Die von unserer Presse schon immer als irrational dargestellten Araber schienen jetzt endgültig verrückt geworden zu sein und sich selbst gräßlicher zu zerfleischen, als die "vernünftig kriegführenden" Israelis es jemals getan hatten. Die Verbreitung derartiger rassistischer Vorurteile gerade auch in Deutschland ist auf jene Ursachen zurückzuführen, die auch für die blutigen Septembermassaker verantwortlich sind. Das wird nur ersichtlich, wenn man sich über die wirklichen Hintergründe dieser Ereignisse informiert. Wir wollen mit diesem Artikel eine Informationswoche unterstützen, die die palästinensischen Studenten an der Hamburger Universität demnächst veranstalten werden.

Ein Palästinenser ohne Hände kann nicht kämpfen

Vor dem eigentlichen Ausbruch der Septembermassaker verlassen die Ratten das bedrohte Schiff: die wenigen Reichen (Händler, Ärzte und Advokaten) packen ihre Koffer und verdrücken sich nach Beirut, der König schickt seine Familie nach London. In den Armenvierteln von Amman und in den Flüchtlingslagern, - hier befinden sich die Sympathisanten und Verbündeten der Palästinensischen Revolution - wird das Wasser abgestellt, die Lebensmittel verschwinden von den Märkten, die Beduinentruppen des Königs werden in die Stadt gelassen - es gibt niemanden mehr, auf den Rücksicht zu nehmen wäre.

Am 17. September 1970 beginnen die Hussein-Truppen die Flüchtlingslager in Amman aus sicherer Entfernung zu beschießen. Das Zentralkomitee der Palästinensischen Revolution verkündet den Generalstreik und weigert sich, Amman zu verlassen. Gleichzeitig wird Nord-Jordanien zum "befreiten Gebiet" erklärt, "dessen Verwaltung in die Hände der Revolution und der Volksmassen gelegt wird."

Trotz brutalster Kampfmethoden und rücksichtslosestem Einsatz aller Waffen gegen die Zivilbevölkerung erweist sich Husseins Plan, die Revolution in 3 Tagen zu liquidieren, schon bald als gescheitert. Die Fedayin leisten - unterstützt von der Miliz und der Bevölkerung von Amman - erbitterten Widerstand. Während des gesamten Verlaufs der Kampfhandlungen bleibt der Kern der Stadt in den Händen der Revolution. Die Panzer dringen nur vereinzelt bis in die Stadt vor, wobei auf alles geschossen wird, was sich bewegt. Die Verletzten können nicht von den Straßen gehoben werden. Diejenigen, die sich bis zu den Stützpunkten des PRCs (Palästinensisches Rotes Kreuz) durchschlagen, werden notdürftig versorgt:

"Als erstes waren die Ambulanzen des Roten Halbmonds zerstört worden, Medikamente willkürlich vernichtet, um so die Versorgung der Kämpfer unmöglich zu machen."



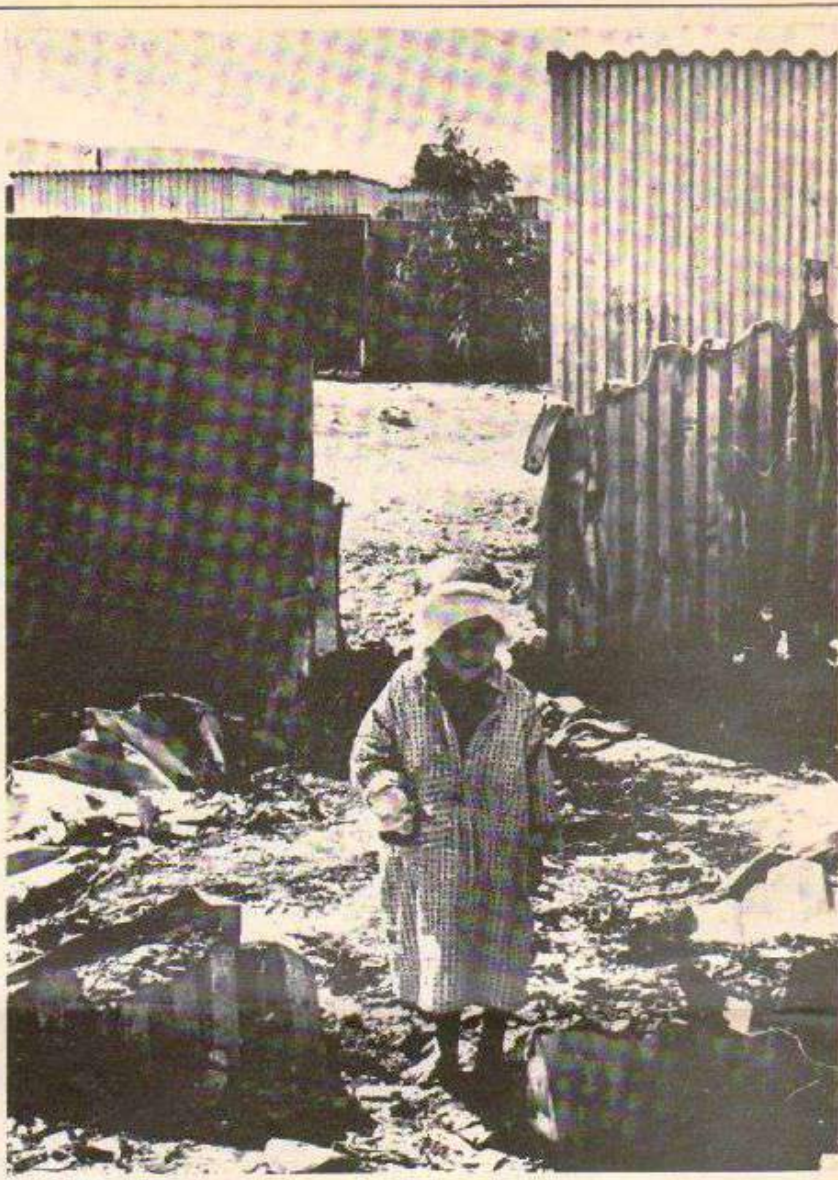
Mit dem Eindringen der Beduinen ist die schlimmste Phase des Kampfes erreicht. Wahlos fallen sie über die Palästinenser in den Lagern hier, stürmen das "Ashrafieh-Hospital" und vollenden mit Äxten das Werk, das die Hussein-Artillerie an den Verwundeten begonnen hat.

Nach Unterzeichnung des Kairoer Abkommens am 27. 9. erreichen die ersten Konvois mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischen Arbeitern, die aus allen Teilen der arabischen Welt und aus dem europäischen Ausland kamen, die Stadt. Erst jetzt wird das ganze Ausmaß der Kämpfe deutlich. In riesigen Massengräbern sind die Leichen der Kämpfer und Zivilisten verscharrt. Fassungslos starren die Ärzte auf die Armstümpfe der palästinensischen Kinder.

"Insgesamt aber war die Zahl der Verwundeten, die wir antrafen, relativ gering. Wer nicht an der Verwundung direkt starb, verblutete, verdurstete oder ging an der Wundinfektion zugrunde", so ein Franzose, der als Mitglied des "secours populaire" (internationale Hilfsorganisation der KPF) nach Jordanien kam.

Die palästinensische Bevölkerung in den Flüchtlingslagern war das eigentliche Opfer der Kämpfe. Sie vor den brutalen Übergriffen der Hussein-Beduinen zu schützen, war im Verlauf der Massaker die wichtigste Aufgabe der Fedayin geworden. Mit Rücksicht auf die unerträgliche Lage der Zivilbevölkerung, die dringend Lebensmittel und medizinische Versorgung brauchte, entschlossen sich die Palästinenser später auch zur Einstellung der Kämpfe und zur Unterzeichnung des Kairoer Abkommens. Obwohl die Panzerbrigade, die den Norden für die jordanische Reaktion zurückerobern wollte, entscheidend geschlagen war, obwohl der Mut der Kämpfer ungebrochen, ihre Waffen und Verpflegung noch ausreichend waren.

Mit der Unterstützung der PLA-Panzer (Palestine Liberation Army) wurden Husseins Einheiten im Norden zur Aufgabe



gezwungen. Der Norden war als befreites Gebiet in den Händen der Revolution, von hier aus konnte eine Verbindung nach Amman hergestellt werden. Gleichzeitig werden die Palästinenser in der ersten Phase des Kampfes durch die syrische Regierung unterstützt, der Nachschub an Wasser, Nahrung, Munition läuft ungehindert über die Grenze nach Jordanien (Auf demselben Weg waren schon vor den Kämpfen riesige Mengen Waffen, Munition, medizinische Geräte und Medikamente aus der VR China zur Unterstützung der Palästinensischen Revolution gekommen). In Syrien werden Lastwagen vorübergehend konfisziert um einen Konvoi nach Amman aufzubauen.

"Liquidierung der Krisenherde"

Schon am 17. Sept. hatte US-Präsident Nixon erklärt, Amerika sei darauf vorbereitet, direkt im jordanischen Krieg zu intervenieren, wenn Syrien oder Irak eingreifen. Die zionistischen Wächter der imperialistischen Interessen in Israel werden in Alarmbereitschaft gesetzt und drohen mit Überquerung des Jordan, falls der König (Hussein) bedroht sei.

Die 6. Flotte der US-Marine wird vor der arabischen Küste aufgefahren, US-Truppen in Augsburg und Bad Kreuznach haben Ausgangsperre, die 82. Luftlandedivision in Ford Brag (USA) wird in Alarmbereitschaft versetzt. Nixon bläst zur "Verteidigung amerikanischer Staatsbürger" in Jordanien.

Entscheidend für die Niederlage aber ist das Verhalten der Sowjetunion. Sie versichert den Amerikanern, "daß sie alles tun werde, die Syrier aus dem Kampf gegen Jordanien herauszuhalten". Syrien muß erkennen, daß im Falle einer Intervention der Amerikaner oder Israels von der Sowjetunion keine Unterstützung zu erwarten ist. Die Luftwaffenunterstützung wird verweigert die PLA-Panzer, die weitgehend aus syrischen Mitteln unterhalten werden, ziehen sich über die Grenze zurück, Ebenfalls unter dem Druck der Sowjetunion verlegt der Irak seine 12000 Soldaten nach Osten - an die iranische Grenze.

Unter dem Druck der arabischen Regimes und der langsam erwachenden Entrüstung der Weltöffentlichkeit bricht Hussein sein Genozidvorhaben ab. Das Märchen

vom "königlichen Fedayin" ist endgültig ausgeträumt; an seine Stelle tritt die Erkenntnis, daß das palästinensische Volk wieder einmal auf sich selbst angewiesen ist. Im Kairoer Abkommen gehen die militärischen und politischen Erfolge der Widerstandsorganisation endgültig verloren. Die Fedayin müssen in ihre alten Stellungen zurück, die Kämpfe gehen weiter, Hussein setzt im Kleinen fort, was er im Großen beenden wollte.

Die palästinensische Revolution steht vor einem Wendepunkt: Der reaktionäre Charakter der arabischen Regimes ist für niemandem mehr zu verheimlichen, die "Einheit im Kampf gegen Zionismus und Imperialismus" der "gesamten arabischen Nation" ist endgültig zusammengebrochen.

Friede den Hütten!

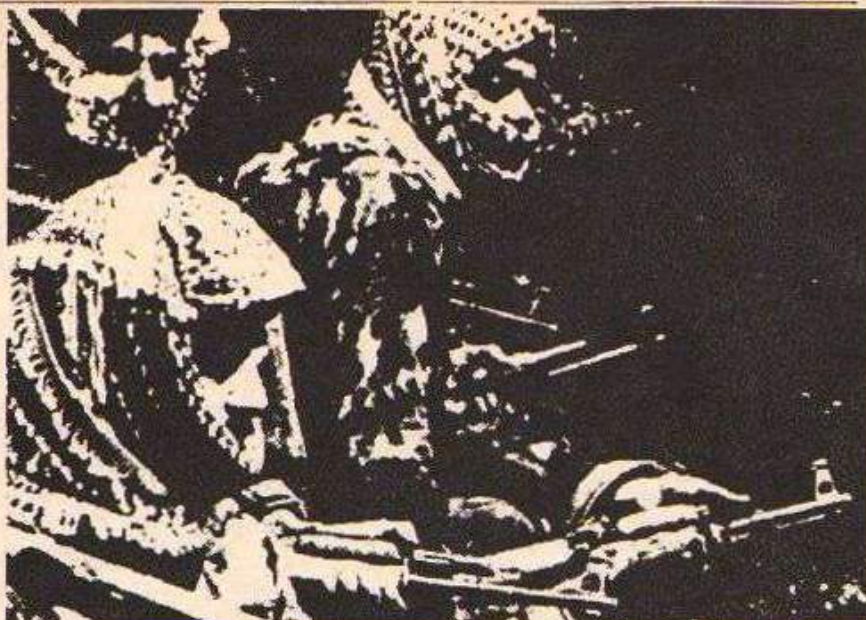
Krieg den Palästen!

Die blutigen Massaker des September 1970 in Jordanien waren Bestandteil der Pläne zur "friedlichen Lösung" des Palästina-Problems. Auf die selbe "friedliche" Weise, mit der das palästinensische Volk aus seiner Heimat vertrieben worden ist und seit Jahrzehnten durch Elend, Hunger und Krankheit oder auch schlichten Völkermord dezimiert wird, soll der palästinensische Widerstand jetzt endgültig liquidiert werden. Die "Mächtigen der Welt", die USA, die Sowjetunion, Frankreich, England etc. setzen sich an einen Tisch - wie sie es bisher auch getan haben - handeln eine "friedliche Lösung" aus und versuchen die Machthaber im Nahen Osten, in Israel und in den arabischen Ländern, für einen "friedlichen" Kompromiss zu gewinnen. Die Interessen des palästinensischen Volkes werden in stiller Eintracht am grünen Tisch verschachert.

Als das palästinensische Volk sein in den Menschenrechten garantiertes Selbstbestimmungsrecht selbst in die Hand nahm und zu kämpfen begann, konnte dieses "Abenteurertum" dieser "Terror" von den großen "Bewahrern des Friedens und des Rechts in der Welt" selbstverständlich nicht geduldet werden. Wenn ein kleines Volk wie das palästinensische meint, die Menschenrechte auch für sich in Anspruch nehmen zu können, hat es die Folgen selber zu tragen.

Man machte sich daran, die palästinensische Befreiungsbewegung zu liquidieren und schlichtete mehrere Tausend palästinensischer Menschen ab.

Für den Imperialismus ist das Gebiet des



"Nahen Osten" von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung; er hat nicht nur ein Interesse an "guten Beziehungen" mit der zionistischen Regierung Israels, ein ebenso großes Interesse hat er an "guten Beziehungen" zu den Regierungen der arabischen Länder. (80/90 % des Erdöls Europas/ Japans kommen aus diesem Raum)

Am palästinensischen Volk hat jedoch keiner der "Mächtigen der Welt" ein Interesse; das Problem der palästinensischen Flüchtlinge erscheint ihnen eher als ein peinlicher Schandfleck, den sie sich einander gern gegenseitig auf die "weiße" Weste setzen würden oder am besten gleich ganz entfernen.

Die Palästinenser haben recht, wenn sie sagen: "Die palästinensische Revolution hat mehr Feinde als irgend eine andere Revolution heute in der Welt". Sie betonen jedoch auch immer wieder: "Nach Vietnam haben wir die zweite Hauptfront gegen den Imperialismus eröffnet!"

Wer die wirklichen Freunde des palästinensischen Volkes sind, stellte sich im September 1970 ganz klar heraus. Nur jene Kräfte in der heutigen Welt unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes vorbehaltlos, die unbeeinflusst durch eigene Interessen das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die revolutionären Ziele seines Kampfes akzeptieren.

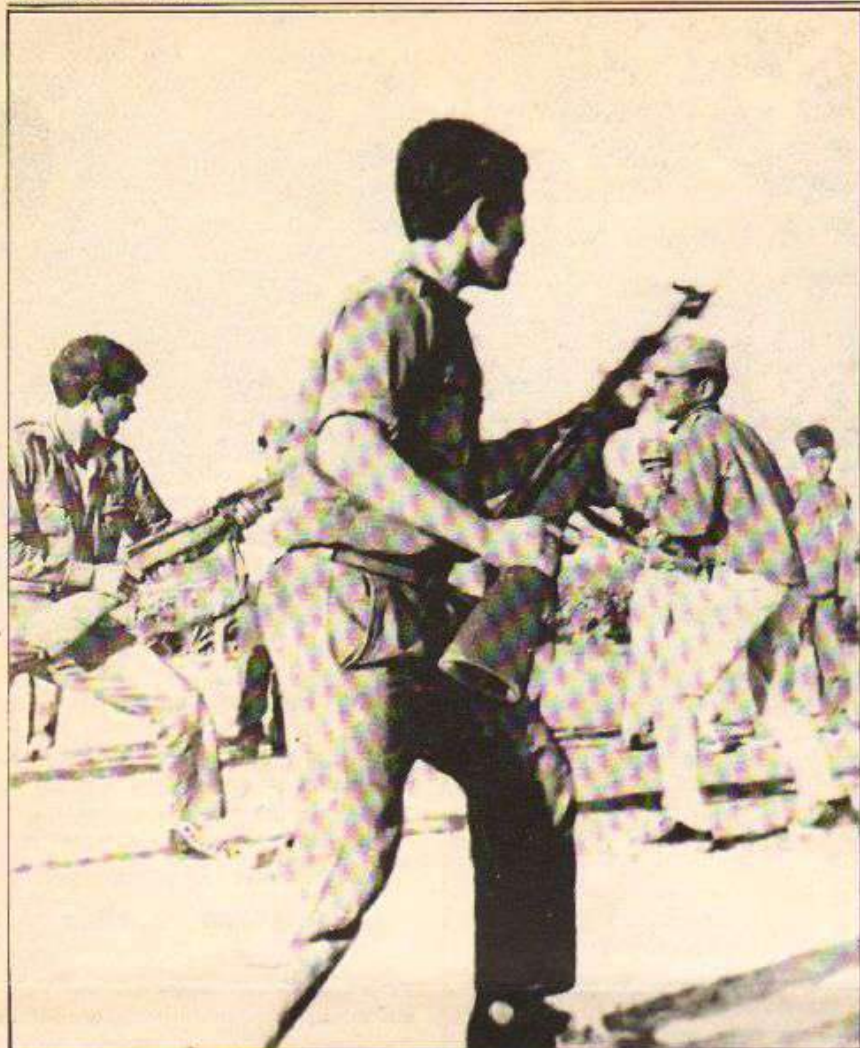
Nachdem am 17. September 1970 der offene Bürgerkrieg in Jordanien von den Truppen Husseins eröffnet worden war, fanden überall in der Welt Solidaritätsdemonstrationen für den Kampf des palästinensischen Volkes statt. Die Regierung Südjemens sprach sich für die Unterstützung der palästinensischen Revolution aus; die VR China, Algerien, Albanien und die DR Korea verkündeten ihre volle Solidarität und Unterstützung für die palästinensische Revolution.

Das palästinensische Volk hat im September 1970 eine Niederlage erlitten gegen

die geballte Übermacht von US-Imperialismus, Zionismus Israels und arabischer Reaktion mit Hussein an der Spitze. Aber es ist den Feinden des palästinensischen Volkes nicht gelungen seinen Willen zur Gerechtigkeit zu brechen, die palästinensische Revolution zu liquidieren, wie man es vorhatte.

Die Palästinenser kämpfen weiter

In der Palästinensischen Befreiungsfront werden heute die Lehren aus den Septembermassakern gezogen. In den Reihen der Al Fatah, Al Saika und der marxistischen Organisationen FPLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und FDPLP (Demokratische Volksfront...) findet heute eine scharfe Auseinandersetzung um diese Lehren statt. "Die palästinensische Revolution stand nicht nur den Unterdrückungsversuchen und Ränken der Imperialisten und Zionisten gegenüber, sondern war mit denselben Bedrohungen durch die konterrevolutionären Kräfte in der arabischen Nation selbst konfrontiert. Diese Kräfte übernahmen es, die palästinensische Revolution von innen zu spalten, indem sie sie durch Verwicklung in interne Streitigkeiten und Randgefechte zu schwächen versuchten." (Aus dem politischen Programm des palästinensischen Nationalkongresses aller Widerstandsorganisationen vom März 1971) Durch seine Erfahrungen in den letzten Jahren wurde das palästinensische Volk gezwungen, sehr schnell zu begreifen, daß nationalistische Lösungen wie "Werft die Juden ins Meer!" und "Back to palestine!" als Ziele seines Kampfes entweder falsch oder völlig unzureichend sind; nach dem Septemberereignissen kennt es jetzt seine Feinde, seine falschen und wahren Freunde. Das palästinensische Volk hat erkannt, daß sein Feind nicht irgend ein anderes Volk ist, sondern der Imperialismus, seine Lakaien in Tel-aviv



und Amman und diejenigen, die mit ihnen "zusammenarbeiten". "Selbstverständlich stelle ich mir vor, daß das Palästina der Zukunft vom Zionismus befreit sein wird. Aber ebenso wenig kann sich ein Mitglied von Al-Fatah Palästina ohne Juden vorstellen." (Abu-Hassan in einem Interview.)

Das führt zu einem notwendigen Klärungsprozeß in den Reihen der Kämpfer. So wie die Palästinenser vor einem Jahr einhellig die Kapitulation vor einer "friedlichen" oder "politischen" Lösung ablehnten, bekämpfen sie heute die Kapitulation in den eigenen Reihen: "Höchst bedauerlich, wenn auch verständlich, ist schließlich, daß unsere Kapitulanten sich zwar auf den falsch verstandenen Friedensschluß Lenins berufen, gleichzeitig aber ignorieren, was Lenin über revolutionäre Gewalt bewaffnete Revolution gelehrt hat. Der Geist des Leninismus ist die bewaffnete Oktoberrevolution und der opferbereite Widerstand gegen die Aggression. In seinem Geist handeln heute nicht die Kapitulanten, sondern ihre revolutionären Gegner." (Fath, 25. 8. 70.)

Heute, da sich Hussein wieder zynisch als "Alleinvertreter des palästinensischen Volkes" aufspielen will, muß das Ka-

pitulantentum in den Reihen der palästinensischen Revolution "den liquidatorischen Plänen des jordanischen Regimes zur physischen und materiellen Niederhaltung des für sein legitimes Selbstkämpfenden palästinensischen Volkes"

"Vorschub leisten." (FDPLP, 10. 7. 71) So machte Hussein im September dieses Jahres das "Angebot" von Dschiddah: "Jordanien lehnt jede Präsenz arabischer Kräfte auf seinem Territorium ab - es sei denn, sie unterstellen sich jordanischem Kommando oder werden Teile der bewaffneten Kräfte unseres Landes!" Hussein bot den Fedayin an, ein Jahr nachdem er ihre Brüder massakriert hatte, unter seinen schützenden Fittichen, seinen Befehlen gehorchend, gegen den angeblich gemeinsamen Feind Israel zu kämpfen.

Nach Dschiddah führen Vertreter der Al-Fatah, Al-Saika, der PLO und der PLA. Die Vertreter von FDPLP und FPLP verurteilten die Teilnahme an dieser Konferenz als Verrat. Die Weltorganisation palästinensischer Studenten, GUPS, sprach sich ebenfalls gegen die Teilnahme an der Konferenz von Dschiddah aus.

Die praktische ergebnislose Konferenz von Dschiddah verschärfte die Auseinandersetzungen in der palästinensischen

Befreiungsfront selbst erheblich.

Das ist jedoch kein Triumph für jene Leute, die uns einreden wollen: "Die Abkehr von ihren Predigern des Hasses brachte ihnen (den Palästinensern) in den besetzten Gebieten erstmals seit Jahrzehnten Wohlstand (!)" (WELT, 3. 11. 71).

Diese Leute wissen schon, warum sie uns weismachen wollen, die Israelis seien Wohltäter in diesem Gebiet; die Araber seien sowieso zerstritten und brächten nichts zustande, und die palästinensische Revolution sei daher nicht nur aussichtslos, sondern auch vollkommen überflüssig. Wir sollten diesen Leuten nicht aufs Maul, sondern auf die Finger schauen.

Die inneren Auseinandersetzungen um das Ziel und den Weg seines Kampfes werden letzten Endes dem palästinensischen Volk nur zu der Klarheit verhelfen, die es unbedingt braucht, um seinen schwierigen Kampf entschlossen zu Ende zu führen. Denen, die sich über ihre Streitigkeiten die Hände reiben, ebenso wie jenen, die ihre Hände resigniert in den Schoß legen, antworten die revolutionären Palästinenser nur: "Eine Volksrevolution kann niemals besiegt werden!"

ROTE PRESSE

SOZIALISTISCHE HAMBURGER STUDENTENZEITUNG

hrsg. von den Sympathisanten des KB (Kommunistischer Bund) an den Hamburger Hochschulen

Kontakt:

ARBEITERBUCH

2 Hamburg 13

Grindelhof 45

Tel.: 45 38 01

tgl.: von 10 bis 18 Uhr

Redaktion:

Hartmut (jur), Lutz (Pl), Manfred (med),

Peter (hist), Tine (Pl), Warner (hist),

Wolfgang (Pl)

ver.: Eva-Maria Krabel

Auflage: 2000

